
**AKTUELLE
FORSCHUNGSERGEBNISSE**

**Sachsens Städte und ihre
Verflechtungsräume**

Mona Förtsch und Selina Schulze Spüntrup

**Eine Analyse der Konjunktur-
zyklen für die deutschen
Bundesländer**

Robert Lehmann und Ida Wikman

IM BLICKPUNKT

**Die aktuelle Energiekrise im
Kontext der Ölpreiskrise der
1970er Jahre**

Albert Landsberger

DATEN UND PROGNOSEN

**ifo Konjunkturumfragen
Ostdeutschland und Sachsen**

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Was Erstellern von Personen ohne Kinder in Ostdeutschland unterscheidet

Katharina Heisig und Marius Kröper



ifo Dresden berichtet

ISSN 0945-5922

30. Jahrgang (2023)

Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,

Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden

Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 Euro

Preis des Einzelheftes: 5,00 Euro

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: Druckhaus Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars

Im Internet:

<http://www.ifo-dresden.de>



Die Niederlassung Dresden des ifo Instituts wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Was Erstellern von Personen ohne Kinder in Ostdeutschland unterscheidet **3**

Katharina Heisig und Marius Kröper

Dieser Artikel betrachtet das Familiengründungsverhalten in Ostdeutschland. Wir vergleichen Personen, die Mutter oder Vater ihres ersten Kindes geworden sind, mit Personen, die (noch) keine leiblichen Kinder haben. Wir nutzen dafür Daten des deutschen Beziehungs- und Familienpanels *pairfam*. Unsere Ergebnisse zeigen, dass Erstellerschaft nicht nur vom Partnerschafts- und Beschäftigtenstatus oder dem Bildungsniveau abhängt, sondern auch von subjektiven Einstellungen, Werten und dem persönlichen Umfeld. Besonders relevant sind die Bedeutung von Hobbies, Freunden und dem Beruf, der Anteil von Freunden und Bekannten mit Kindern und die ideale Kinderzahl.

Sachsens Städte und ihre Verflechtungsräume **8**

Mona Förtsch und Selina Schulze Spüntrup

Wir betrachten die wechselseitigen Beziehungen zwischen Städten und den übrigen Räumen in Sachsen näher. Die Städte werden im Hinblick auf ihre stadttypischen Funktionen im Raum abgegrenzt; die übrigen Gemeinden Sachsens werden auf der Basis von Pendel- und Umzugsbewegungen einem „engeren“ und einem „weiteren“ Verflechtungsraum zugewiesen. Wir definieren 38 Gemeinden als Städte, 231 Gemeinden als engeren und 150 Gemeinden als weiteren Verflechtungsraum.

Eine Analyse der Konjunkturzyklen für die deutschen Bundesländer **15**

Robert Lehmann und Ida Wikman

Eine detaillierte Analyse bundeslandspezifischer Konjunkturzyklen war bislang aufgrund fehlender Daten nur eingeschränkt bzw. unzureichend möglich. In diesem Beitrag nutzen wir eine neue Datenbasis zum vierteljährlichen Wirtschaftswachstum der 16 Bundesländer und widmen uns der Datierung regionaler Konjunkturzyklen in Deutschland. Drei zentrale Erkenntnisse lassen sich formulieren. Erstens dauern Auf- und Abschwünge in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich lang. Zweitens fällt die Höhe bzw. Tiefe der wirtschaftlichen Aktivität sehr heterogen aus. Drittens überlappen sich die bundeslandspezifischen Zyklen in unterschiedlicher Stärke mit der gesamtdeutschen Entwicklung. Die neuen Daten und Erkenntnisse könnten daher für eine detaillierte Untersuchung der Schuldenbremsen verwendet werden.

IM BLICKPUNKT

Die aktuelle Energiekrise im Kontext der Ölpreiskrise der 1970er Jahre **22**

Albert Landsberger

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat für große politische und wirtschaftliche Unsicherheit in Deutschland gesorgt. Mit verantwortlich für die Unsicherheit waren die stark gestiegenen Energiepreise und die unklare Versorgungslage. Die aktuelle Krise ist jedoch nicht das erste Mal, dass sich Deutschland mit stark steigenden Energiepreisen konfrontiert sieht. Die zwei Ölpreiskrisen der 1970er Jahre weisen viele Ähnlichkeiten mit der aktuellen Situation auf. Ein Blick auf die damaligen Maßnahmen und Folgen kann dabei helfen, die aktuelle Situation einzuordnen. Dennoch gilt, wie bei jedem historischen Vergleich, ihn nicht zu überstrapazieren.

DATEN UND PROGNOSEN

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen	26
<i>Niels Gillmann und Ernst Glöckner</i>	

AUS DEM ifo DRESDEN

ifo Veranstaltungen	29
ifo Veröffentlichungen	29
ifo Vorträge	30
ifo in den Medien	30

Katharina Heisig und Marius Kröper*

Was Erstellern von Personen ohne Kinder in Ostdeutschland unterscheidet

Dieser Artikel betrachtet das Familiengründungsverhalten in Ostdeutschland. Wir vergleichen Personen, die Mutter oder Vater ihres ersten Kindes geworden sind, mit Personen, die (noch) keine leiblichen Kinder haben. Wir nutzen dafür Daten des deutschen Beziehungs- und Familienpanels *pairfam*. Unsere Ergebnisse zeigen, dass Erstellerschaft nicht nur vom Partnerschafts- und Beschäftigtenstatus oder dem Bildungsniveau abhängt, sondern auch von subjektiven Einstellungen, Werten und dem persönlichen Umfeld. Besonders relevant ist die Bedeutung von Hobbies, Freunden und dem Beruf, der Anteil von Freunden und Bekannten mit Kindern und die ideale Kinderzahl.

FÜR EINE STEIGERUNG DER FERTILITÄT MÜSSEN GEBURTSENTSCHEIDUNGEN IN BETRACHT GEZOGEN WERDEN

Die Geburtenziffer liegt in Deutschland seit ca. 1970 kontinuierlich unter dem Bestanderhaltungsniveau von rund zwei Kindern je Frau. Dies ist ein wesentlicher Grund für den voranschreitenden demografischen Wandel – besonders in Ostdeutschland (vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2021). Gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme resultieren daraus, wie z. B. Überalterung, Arbeitskräftemangel oder fehlende Nachhaltigkeit bei der Rentenfinanzierung. Ein Ansteigen der Geburtenziffer ist daher wünschenswert. Um diese beeinflussen zu können, sind Kenntnisse über die Entscheidungen für oder gegen Kinder unabdingbar.

Hier spielt die Entscheidung für die Geburt des ersten Kindes eine besondere Rolle, denn durch sie wird die Entscheidung zwischen Elternschaft und Kinderlosigkeit getroffen. Der Übergang zur Erstellerschaft könnte daher von anderen Faktoren abhängig sein als der Übergang zu einem zweiten oder dritten Kind. Unter diesem Gesichtspunkt betrachten wir in diesem Artikel, wie sich Erstellern vor der Geburt des ersten leiblichen Kindes von Personen unterscheiden, die noch kein leibliches Kind haben. Für die empirische Analyse verwenden wir Daten aus den Jahren 2008 bis 2020 des Beziehungs- und Familienpanels *pairfam*¹ (Brüderl et al. 2021). Ausführlich dargestellt sind diese Daten in Huinink et al. (2011).

Dieser Artikel fasst wesentliche Ergebnisse des Kapitels „Familiengründung“ der Studie „Faktoren der Familiengründung, Kinderlosigkeit und Kinderreichtum“ zusammen (vgl. Heisig et al. 2023), die im Auftrag des Deutschen Familienverbandes, Landesverband Sachsen e. V., entstanden ist.

DAS STUDIENDESIGN IN KÜRZE

Wir betrachten Personen in Ostdeutschland (inkl. Berlin), die in einer bestimmten Befragungswelle *t* des *pairfam* Mutter bzw. Vater ihres ersten Kindes geworden sind. Um umgekehrte Kausalität berücksichtigen zu können, verwenden wir Datenpunkte der betrachteten Faktoren der Erstellern aus der vor-

herigen Befragungswelle *t-1*. Falls in einer Welle fehlende Datenpunkte vorliegen, verwenden wir diese jeweils aus der Welle davor (*t-2*). Die Erstellern vergleichen wir mit denjenigen Personen, die in Welle 12 noch kein Kind haben. Für diese verwenden wir Informationen aus Welle 12 und füllen fehlende Datenpunkte mit Daten aus Welle 11 auf.

In einem ersten Schritt führen wir Mittelwertvergleiche durch, um beide Gruppen gegenüberzustellen. Hier betrachten wir die Geschlechter gemeinsam, als auch Frauen und Männer getrennt voneinander. In einem zweiten Schritt wenden wir multivariate Logit-Regressionen an und prüfen, ob die deskriptiv aufgezeigten Unterschiede zwischen den beiden Personengruppen einem statistischen Test standhalten. Der Fokus liegt hierbei auf subjektiven Faktoren; objektive Faktoren verwenden wir als Kontrollvariablen. Die Stichprobe umfasst bis zu 640 Personen, davon sind bis zu 304 Personen im Untersuchungszeitraum Erstellern geworden. Je nach Untersuchungsfokus variiert die Stichprobengröße jedoch aufgrund fehlender Datenpunkte. Aufgrund der dann kleineren Stichprobengröße führen wir keine Regressionen getrennt nach Geschlecht durch.

UNTERSCHIEDE IN AUSGEWÄHLTEN SOZIODEMOGRAFISCHEN UND ÖKONOMISCHEN FAKTOREN

Soziodemografische Faktoren²

Erstellern und Personen, die noch keine Familie gründen, unterscheiden sich wesentlich im **Alter**. Erstmütter sind in unserer Stichprobe in der Welle vor der Geburt des ersten Kindes mit durchschnittlich 28,6 Jahren rund ein Jahr älter als Frauen, die noch keine Familie gründen. Erstväter sind mit 30,6 Jahren rund zwei Jahre älter als Männer ohne Kind. Allerdings zeigt sich in den Regressionsanalysen, dass der Altersunterschied zwar statistisch signifikant ist; dieser Effekt ist aber nicht robust für alle Modellspezifikationen.

* Katharina Heisig war bei Erstellung des Beitrages Doktorandin an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. und Marius Kröper ist Doktorand an der Technischen Universität Dresden.

Ersteltern sind vor der Geburt des ersten Kindes intuitiv häufiger in einer festen **Beziehung** als Frauen oder Männer, die noch keine Familie gründen: 68% der Ersteltern sind in einer Partnerschaft, 25% sind verheiratet. Allerdings sind 7% in der Welle vor der Geburt in keiner Partnerschaft. Demgegenüber steht eine recht gegensätzliche Verteilung für Personen, die noch keine Familie gründen: 46% der Personen sind in einer Partnerschaft, 7% sind verheiratet und 47% sind alleinstehend. In den Logit-Regressionen ist dieser Unterschied statistisch signifikant auf dem 1%-Niveau: Ist man in einer Partnerschaft oder verheiratet, ist die Wahrscheinlichkeit, Erstmutter oder -vater zu werden, um rund 23 Prozentpunkte höher, als wenn man alleinstehend ist.

Ein weiterer möglicher relevanter Faktor ist die **Geschwisteranzahl**. Im Durchschnitt zeigen sich hier allerdings kaum Unterschiede. Ein Blick auf Frauen und Männer getrennt offenbart allerdings, dass Erstväter weniger Geschwister als Männer haben, die noch keine Familie gründen (1,5 vs. 1,8 Geschwister); bei den Frauen ist dieses Muster umgekehrt (1,7 vs. 1,5 Geschwister). Dies könnte auf eine höhere Konkurrenzwahrnehmung oder Belastung durch Geschwister für Männer zurückzuführen sein. Für Frauen gilt im Gegensatz, dass von Mädchen familiär bedingt häufiger erwartet wird, dass sie sich um jüngere Geschwister kümmern. In den Regressionen zeigt sich, dass der negative Effekt durch Geschwister in unserer Stichprobe dominiert. Jedes weitere Geschwisterkind ist mit einer maximal drei Prozentpunkte geringeren Wahrscheinlichkeit für eine Familiengründung verknüpft. Der Effekt ist allerdings nur auf dem 10%-Niveau signifikant und nicht über alle Modellspezifikationen hinweg robust.

Der Mittelwertvergleich zeigt zudem, dass Ersteltern häufiger in **größeren Städten**³ leben. Dies ist allerdings nur ein statistischer Effekt. In den Regressionen sieht man, dass die Wahrscheinlichkeit für eine Familiengründung in einer um eine Einheit größeren Stadt um rund zwei Prozentpunkte geringer ist als in einer um eine Einheit kleineren Stadt.

Wir betrachten zusätzlich das Vorhandensein von **Kinderbetreuung**. Ersteltern stimmen der Aussage, dass flexible Kinderbetreuungsmöglichkeiten vorhanden sind, mit 66% häufiger zu als Personen, die noch keine Familie gründen (43% Zustimmung). Vor allem Frauen ohne Kind finden, dass Kinderbetreuung nicht ausreichend zugänglich ist (36%). Dies könnte ein Grund für das Herausögern der Familiengründung sein. Ein weiterer möglicher Grund ist allerdings auch eine verzerrte Wahrnehmung auf die Verfügbarkeit von Kinderbetreuung von Menschen, die ein Kind planen und Personen, die dies nicht tun. Der Unterschied ist in den Regressionsanalysen nicht statistisch signifikant; allerdings ist die Stichprobengröße mit 277 stark reduziert.

Bildungseinflüsse und ökonomische Faktoren

Betrachtet man das durchschnittliche **Bildungsniveau** beider Gruppen, so zeigt sich, dass der Unterschied in den Bildungsjahren zwischen Ersteltern und Personen, die noch keine Familie gründen, bei rund einem halben Jahr liegt. Der Unterschied liegt bei Männern bei fast einem Bildungsjahr, bei Frauen bei nur rund 0,2 Bildungsjahren. Dies mag auch an dem höheren Alter der Ersteltern liegen. Der Unterschied ist auf

dem 10%-Niveau statistisch signifikant. Die Wahrscheinlichkeit, Ersteltern zu werden, steigt demnach mit einem zusätzlichen Bildungsjahr um rund zwei Prozentpunkte an.

Für den **Beschäftigtenstatus** zeigt sich ein gemischtes Bild (vgl. Abb. 1). Deutliche Unterschiede gibt es in zwei Dimensionen: Ersteltern sind wenige Monate vor der Geburt ihres ersten Kindes häufiger vollzeitbeschäftigt (56% vs. 45%) und seltener noch in Ausbildung (10% vs. 23%) als Personen, die noch keine Familie gründen.

Jedoch sind die Beschäftigungsunterschiede stark geschlechterabhängig. Männer und Frauen, die noch keine Familie gründen, unterscheiden sich kaum. Des Weiteren gibt es zwischen Erstmüttern und Frauen, die noch keine Familie gründen, kaum Unterschiede. Ausnahmen finden sich im Ausbildungsstatus (9% vs. 25%) und im Mutterschutz-/Elternzeitstatus (19% vs. 0,7%). Erstväter sind vor der Geburt ihres ersten Kindes am häufigsten in Vollzeit beschäftigt (69%) und mit 4% weniger häufig in Teilzeit beschäftigt als Männer, die noch keine Familie gründen (14%) und Erstmütter (15%). Es gibt keine Hausfrauen oder -männer in dieser Stichprobe.

In den Regressionen zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit für eine Familiengründung statistisch signifikant auf dem 5%-Niveau geringer ist, wenn eine Person in Teilzeit arbeitet, als wenn sie arbeitslos ist. Der Unterschied beläuft sich auf 26 Prozentpunkte. Der Effekt der Vollzeitbeschäftigung ist nicht statistisch signifikant, was daran liegt, dass viele Erstväter vor der Geburt des ersten Kindes weitaus häufiger in einer Vollzeitbeschäftigung sind und dieser Anstieg dem gemessenen durchschnittlichen negativem Effekt gegenläufig ist.

Ebenso gibt es Unterschiede im **Nettoeinkommen**, die eng an den Beschäftigtenstatus geknüpft sind: Ersteltern verdienen in der Welle vor der Geburt rund 200 Euro mehr als Personen ohne Kind. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass Ersteltern – vorrangig Väter – häufiger vollzeitbeschäftigt und seltener in Ausbildung oder arbeitslos sind. Erstväter weisen ein um rund 300 Euro höheres Einkommen auf als Männer, die noch keine Familie gründen; bei den Frauen ist der Unterschied geringer (rund 80 Euro). Der Unterschied ist jedoch nicht statistisch signifikant, was darauf zurückgeführt werden kann, dass der Einkommensunterschied stark mit dem Beschäftigtenstatus zusammenhängt.

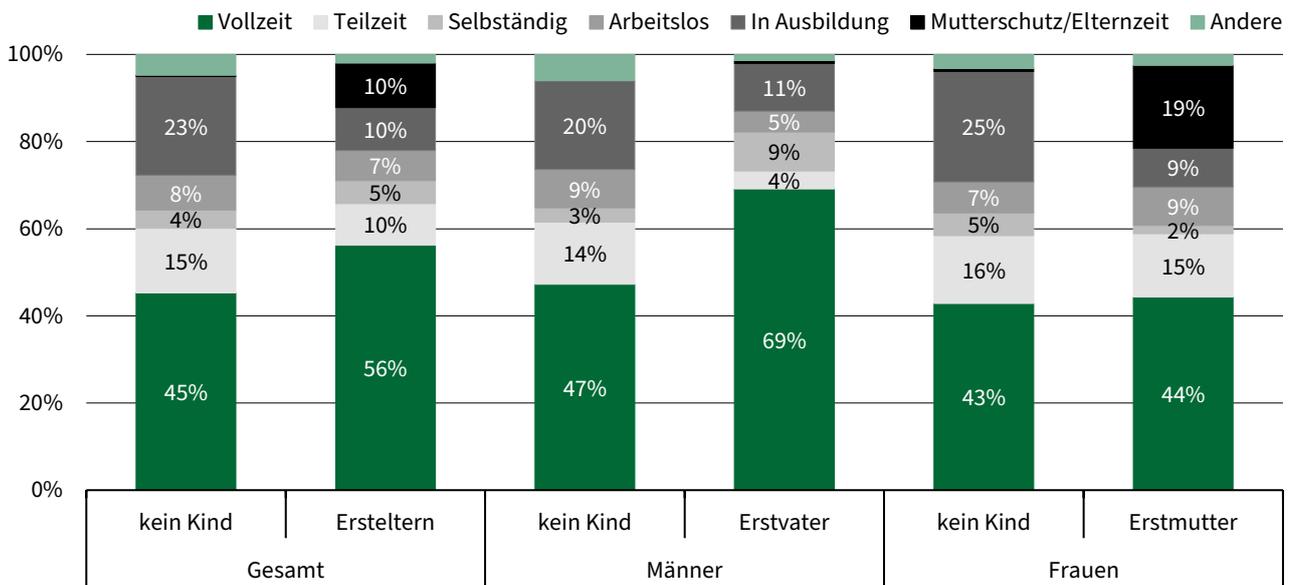
UNTERSCHIEDE IN AUSGEWÄHLTEN SUBJEKTIVEN FAKTOREN

Die subjektive Wichtigkeit verschiedener Lebensbereiche und von Kindern

Ersteltern und Personen, die noch keine Familie gründen, unterscheiden sich darin, wie wichtig sie **Hobbies, den Beruf oder Freunde** einschätzen. Zwar bewerten erstere diese drei Bereiche eine Befragungswelle vor der Geburt des ersten Kindes als wichtig (Indexwert von rund 0,7 bei einem Maximalwert von 1), aber als relativ gesehen etwas weniger wichtig im Vergleich zu Personen, die noch nicht Eltern werden (0,8). Zwischen den Geschlechtern gibt es kaum Unterschiede. In Regressionsanalysen ist der Unterschied statistisch hochsignifikant und robust auf dem 1%-Niveau. Die Wahrscheinlichkeit, Ersteltern zu werden, ist um 106 bis 130 Prozentpunkte höher,

Abb. 1

Ersteltern und Personen ohne Kinder in Ostdeutschland nach Beschäftigtenstatus



Anmerkung: Die Kategorie „Teilzeitbeschäftigt“ beinhaltet Personen in Teilzeit- oder geringfügigen Beschäftigung. „Andere“ umfasst Personen, die nicht zu den dargestellten Kategorien zuzuordnen sind (z. B. Wehrdienstleistende, Arbeitsunfähige, (Früh-)Rentner).

Quelle: Daten des Beziehungs- und Familienpanels pairfam, Release 12.0 (Brüderl et al. 2021), Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

wenn man die Wichtigkeit dieser drei Bereiche um eine Einheit geringer bewertet.

In Hinblick auf die **ideale Kinderzahl** geben Erstmütter und -väter im Durchschnitt rund 2 (Väter) oder 2,2 Kinder (Mütter) als ideal an. Bei Personen, die noch keine Familie gründen, sind es 1,9 (Männer) bzw. 1,8 (Frauen). Der Unterschied erweist sich in Logit-Regressionen als statistisch signifikant und größtenteils robust. Eine um ein Kind höhere angegebene ideale Kinderzahl in der Welle vor der Geburt des ersten Kindes geht damit mit einer rund 8 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit einer Familiengründung einher.

Kontaktmöglichkeiten zu Kindern von anderen Personen

Ersteltern haben zudem vor der Geburt des ersten Kindes einen **Freundes- und Bekanntenkreis**, der durchschnittlich zu einem größeren Teil – nämlich zu rund 50% – aus Personen mit Kindern besteht. Bei Personen, die noch kein Kind bekommen, beläuft sich dieser Anteil auf rund 29%. Es zeigen sich keine wesentlichen Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Der Effekt ist statistisch signifikant und in fast allen Modellspezifikationen sichtbar. Haben mehr als die Hälfte der Freunde und Bekannten Kinder, geht dies mit einer um 10 bis 15 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit einher, eine Familie zu gründen.

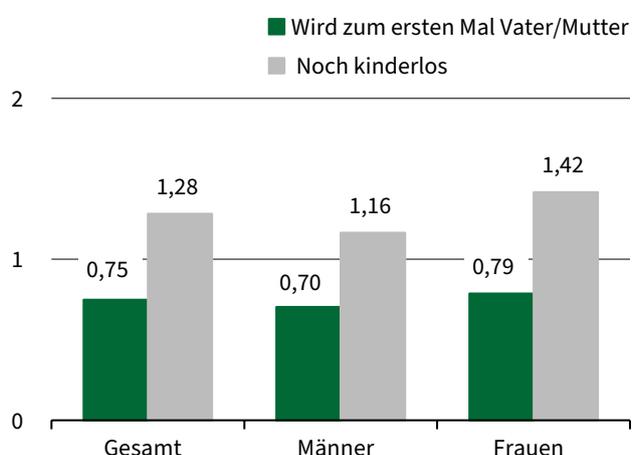
Negative Wahrnehmung von Kindern und Partnerschaften

Wahrgenommene Kosten von Kindern, bspw. Sorgen, mit Kindern negativ aufzufallen oder sich weniger leisten zu können, spielen eine weitere Rolle für die Familiengründung. Deskriptiv sind die Unterschiede zwischen Ersteltern und Personen, die noch keine Familie gründen, in Abbildung 2 dargestellt. Zwar geben die Befragten relativ geringe wahrgenommene Kosten

an (auf einer Skala von 1-5); nichtsdestotrotz sind die wahrgenommenen Kosten von Personen, die keine Familie gründen, fast doppelt so hoch wie die wahrgenommenen Kosten von Personen, die eine Familie gründen. Der Unterschied ist vor allem für Frauen deutlich: Erstmütter schätzen die Kosten mit durchschnittlichen 0,8 relativ gering ein; demgegenüber steht ein Durchschnittswert von 1,4 für Frauen ohne Kind. Im Durchschnitt schätzen Frauen die Kosten von Kindern generell etwas höher ein als Männer, was daran liegen kann, dass auch in Ostdeutschland Frauen einen Großteil der Erziehungs- und Hausarbeit – insbesondere nach der Geburt eines Kindes – übernehmen.

Abb. 2

Unterschiede in den wahrgenommenen Kosten von Kindern von Ersteltern und Personen ohne Kinder



Quelle: Daten des Beziehungs- und Familienpanels pairfam, Release 12.0 (Brüderl et al. 2021), Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Der Effekt ist in Logit-Regressionen nicht mehr statistisch signifikant, sobald man für den Anteil der Personen mit Kindern im Freundes- und Bekanntenkreis kontrolliert. Möglicherweise werden die Sorgen über wahrgenommene Kosten von Kindern durch den Kontakt zu anderen Kindern relativiert. Denkbar ist allerdings auch, dass der Unterschied weniger für Männer und mehr für Frauen relevant ist; der Durchschnittseffekt über die Geschlechter könnte sich dann, statistisch gesehen, nicht mehr deutlich genug zeigen.

Die Qualität der Partnerschaft könnte ein weiterer Einflussfaktor auf die Wahrscheinlichkeit, eine Familie zu gründen, sein. In unserer Stichprobe sind **negative Erwartungen an Partnerschaften**, ähnlich wie wahrgenommene Kosten von Kindern, durchschnittlich gering ausgeprägt (Skala von 1-5). Es zeigen sich jedoch Unterschiede zwischen Erstellern (0,3) und Personen, die noch keine Familie gründen (0,7). In den Logit-Regressionsanalysen sind die Unterschiede allerdings nicht robust.

Meinungen zur Familien- vs. Karriereorientierung von Frauen und Vätern

Auch subjektive **Einstellungen zur Familien- vs. Karriereorientierung** können die Familiengründung beeinflussen. In dieser Analyse betrachten wir die Zustimmung zur Aussage, dass sich „Frauen stärker um die Familie kümmern sollten als um ihre Karriere“, sowie die Zustimmung zur Aussage, dass „Kinder darunter leiden, wenn sich Väter auf die Arbeit konzentrieren“ (Skala 1-5). Beide Variablen messen um einen Familienorientierung, aber auch Geschlechterrollenbilder.

Im Durchschnitt zeigt sich in unserer Stichprobe eine etwas größere Zustimmung zur zweiten als zur ersten Aussage. Erstellern stimmen der ersten Aussage durchschnittlich mit einem Wert von 2,6 zu, Personen ohne Kind mit 2,4 etwas weniger. Frauen, die noch kein Kind bekommen, stimmen der Aussage mit einem Wert von 2,3 durchschnittlich am geringsten zu. Zwischen Erstmüttern und -vätern sowie zwischen Erstvätern und Männern ohne Kind zeigen sich kaum Unterschiede. Für die zweite Aussage zeigen sich deskriptiv kaum Unterschiede: Erstellern weisen eine durchschnittliche Zustimmung von 3,1 auf, Personen ohne Kind eine Zustimmung von 3,0.

Abb. 3

Faktoren, die statistisch signifikant mit Familiengründungen zusammenhängen

Positiver Zusammenhang	Negativer Zusammenhang
<ul style="list-style-type: none"> • Ideale Kinderzahl • Anteil der Personen mit Kindern im Freundes- und Bekanntenkreis • Lebenszufriedenheit • <i>Positive Einstellung zur Väterbeteiligung an der Familie</i> • Feste Partnerschaft oder verheiratet sein • Anzahl der Bildungsjahre • Arbeitslosigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Wichtigkeit von Hobbies, Beruf und Freunden • <i>Wahrgenommene Kosten von Kindern</i> • <i>Negative Erwartungen an Partnerschaften</i> • <i>Geschwisteranzahl</i> • Große Städte

Anmerkung: Kursiv gedruckte Faktoren sind nur in einem kleinen Teil der Spezifikationen statistisch signifikant.

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Beide Variablen haben in den Logit-Regressionen keinen maßgeblichen statistisch signifikanten Einfluss; für die Familienorientierung von Vätern findet sich ein statistisch signifikanter Effekt auf dem 10%-Niveau nur in einer Spezifikation.

Allgemeine Zufriedenheit mit dem Leben

Personen, die zum ersten Mal Mutter oder Vater werden, weisen mit einem durchschnittlichen Wert von 8 (Maximalwert: 10) eine durchschnittliche höhere **Lebenszufriedenheit** auf als Personen, die noch keine Familie gründen (Durchschnittswert von 7). Eine höhere Lebenszufriedenheit könnte demnach eine Familiengründung begünstigen. In Logit-Regressionen bestätigt sich dieser positive Effekt zwar; dieser ist allerdings nur in einem Teil der Analysen statistisch signifikant. Geschlechterunterschiede zeigen sich kaum.

FAZIT

Die wichtigsten Faktoren von Familiengründungen in Ostdeutschland sind in Abbildung 3 zusammengefasst. Wir können festhalten, dass für die Wahrscheinlichkeit, in Ostdeutschland eine Familie zu gründen, soziodemografische und ökonomische Faktoren wie der Beziehungsstatus, das Bildungsniveau und der Arbeitsmarktstatus eine Rolle spielen. Ebenso sind subjektive Faktoren relevant. Unter diesen Faktoren treten insbesondere die Wichtigkeit von Hobbies, dem Beruf und Freunden, die ideale Kinderzahl und der Anteil der Personen mit Kindern im Freundes- und Bekanntenkreis hervor. Wahrgenommene Kosten von Kindern scheinen für Frauen bedeutender zu sein als für Männer. Auch eine höhere Lebenszufriedenheit ist positiv mit einer höheren Wahrscheinlichkeit einer Familiengründung verbunden.

Wir zeigen damit weitere Stellschrauben auf, die Fertilität beeinflussen könnten. Diese Stellschrauben sind unabhängig von Aspekten, die zumeist bei der Diskussion um Fertilitätserhöhung erwogen werden, wie bspw. der Ausbau der öffentlich finanzierten Kindertagesbetreuung oder die Großzügigkeit von Elternzeitangeboten.

QUELLEN

Brüderl, J., Drobnič, S., Hank, K., Neyer, F. J., Walper, S., Alt, P., Borschel, E., Bozoyan, C., Garrett, M., Geissler, S., Gonzalez Avilés, T., Gröpler, N., Hajek, K., Herzig, M., Huyer-May, B., Lenke, R., Lorenz, R., Lutz, K., Minkus, L., Peter, T., Phan, T., Preetz, R., Reim, J., Sawatzki, B., Schmiedeberg, C., Schütze, P., Schumann, N., Thönnissen, C., Timmermann, K. und M. Wetzel (2021), The German Family Panel (pairfam), GESIS Data Archive, Köln, ZA5678 Data file Version 12.0.0, Download unter <https://doi.org/10.4232/pairfam.5678.12.0.0>.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.) (2021), Natürliche Bevölkerungsentwicklung, 1950-2020, Download unter <https://www.demografieportal.de/DE/Fakten/natuerliche-bevoelkerungsentwicklung.html>.

Heisig, K., Kröper, M. und T. Scheurer (2023), Faktoren der Familiengründung, Kinderlosigkeit und Kinderreichtum in Ostdeutschland, ifo Dresden Studie 89, ifo Institut, München/Dresden.

Huinink, J., Brüderl, J., Nauck, B., Walper, S., Castiglioni, L. und M. Feldhaus (2011), „Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics (pairfam): Conceptual Framework and Design“, Zeitschrift für Familienforschung – Journal of Family Research, 23 (1), S. 77-101, Download unter <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/37646>.

- 1 Quittierung: Diese Arbeit nutzt Daten des Beziehungs- und Familienpanels pairfam, welches von Josef Brüderl, Sonja Drobnič, Karsten Hank, Johannes Huinink, Bernhard Nauck, Franz J. Neyer und Sabine Walper geleitet wurde. Die Studie wurde von 2004 bis 2022 als Schwerpunktprogramm bzw. Langfristvorhaben durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert.
- 2 Wir kontrollieren in den Analysen außerdem für das Geschlecht und den Migrationshintergrund. Die Migrationsstichprobe ist allerdings zu gering, um schlüssige Aussagen treffen zu können.
- 3 Die Variable ist folgendermaßen definiert: Städte unter 2000 Einwohner (1), von 2000 bis unter 5000 Einwohner (2), von 5000 bis unter 20000 Einwohner (3), von 20000 bis unter 50000 Einwohner (4), von 50000 bis unter 100000 Einwohner (5), von 100000 bis unter 500 000 Einwohner (6) und ab 500000 Einwohner (7).

Mona Förtsch und Selina Schulze Spüntrup*

Sachsens Städte und ihre Verflechtungsräume

Wir betrachten die wechselseitigen Beziehungen zwischen Städten und den übrigen Räumen in Sachsen näher. Die Städte werden im Hinblick auf ihre stadttypischen Funktionen im Raum abgegrenzt; die übrigen Gemeinden Sachsens werden auf der Basis von Pendel- und Umzugsbewegungen einem „engeren“ und einem „weiteren“ Verflechtungsraum zugewiesen. Wir definieren 38 Gemeinden als Städte, 231 Gemeinden als engeren und 150 Gemeinden als weiteren Verflechtungsraum.

HINTERGRUND

Die Dresdner Niederlassung des ifo Instituts hat im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt die soziale Lage in Sachsen auf Gemeindeebene analysiert.¹ Ein Ziel war es, die Stadt-Umland-Beziehungen in Sachsen zu beschreiben, wofür zunächst eine differenzierte Raumabgrenzung erforderlich war. Wir haben die jeweiligen Räume insbesondere anhand der räumlichen Verbindungen durch Pendler- und Umzugsbewegungen voneinander unterschieden und den Fokus auf die intensiven Verflechtungen der Städte mit ihren umliegenden Gemeinden gelegt.

Unsere Abgrenzung hebt sich von anderen Definitionen ab – z. B. von der des Landesentwicklungsplans, der mit dem Ansatz der zentralen Orte und Verdichtungsräumen arbeitet, oder von der des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), das Gemeinden anhand von Bevölkerungszahl und zentralörtlichen Funktionen in Groß-, Mittel-, Kleinstädte und Landgemeinden einteilt.

VORGEHEN UND METHODIK

Wir haben die Städte anhand bestimmter Kriterien ausgewählt und den engeren und weiteren Verflechtungsraum anhand eines datengetriebenen Vorgehens abgegrenzt: Die unterschiedlichen Verflechtungsräume haben wir mithilfe von Pendler- und Wanderungsverflechtungen der Gemeinden ermittelt. Wenn es große Pendler- und Umzugsbewegungen zwischen einer Stadt und einer anderen Gemeinde gibt, deutet dies auf eine enge Verflechtung hin und zeigt gleichzeitig, dass die betreffende Stadt Arbeitsplätze für ihre umliegenden Gemeinden bereitstellt oder zentrale Funktionen erfüllt.

Für die Messung von Pendlerverflechtungen nutzen wir Daten der Bundesagentur für Arbeit, in denen allerdings nur Verbindungen zwischen Gemeinden ausgewiesen werden, wenn sie mindestens zehn Pendlerinnen bzw. Pendler umfassen. Der Datensatz deckt damit aber immerhin rund 90% aller Binnenpendler innerhalb Sachsens ab. Die Daten basieren auf dem Stichtag 30. Juni 2019. In 379 Fällen (von rund 175 000 möglichen Kombinationen) ersetzen Daten vom 30. Juni 2018 fehlende Daten des Folgejahres.

Zur Messung der Umzugsbewegungen verwenden wir Daten des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen zur Gesamtzahl aller Zu- und Fortzüge. Wegen vieler Sperrungen durch Anonymisierungsvorschriften betrachten wir bei der Zahl von Umzügen Drei-Jahres-Summen von 2015 bis 2017.

STÄDTE

Die vom Sächsischen Staatsministerium des Innern vorgenommene Zuweisung des Stadt-Status an 169 Gemeinden in Sachsen bildet den Ausgangspunkt unserer Analyse. Anhand von drei Merkmalen haben wir geprüft, welche dieser 169 Gemeinden tatsächlich über stadttypische Funktionen verfügen und welche nicht. Die Einwohnerzahl ist aufgrund von Eingemeindungen und der Bildung großer Landgemeinden mit zahlreichen kleineren Ortsteilen (z. B. Klipphausen, Boxberg/O.L. oder Belgern-Schildau) allein betrachtet nicht mehr aussagekräftig. Gleiches gilt für die Einwohnerdichte, da insbesondere im industriell geprägten Süden Sachsens auch viele ländliche Gemeinden eine sehr hohe Einwohnerdichte aufweisen. Deshalb ziehen wir neben der Größe und der Siedlungsstruktur auch die Bedeutung des internen Arbeitsmarktes als Merkmal heran, um Gemeinden mit Stadtfunktion zu identifizieren. Eine Gemeinde wird dann als Stadt identifiziert, wenn sie gleichzeitig eine überdurchschnittlich hohe Einwohnerzahl und Einwohnerdichte sowie einen vergleichsweise niedrigen Auspendleranteil hat.

Bei den Kriterien zur Abgrenzung von Städten orientieren wir uns an gewissen Schwellenwerten (vgl. Tab. 1): Der mittlere Wert der Einwohnerzahl der Gemeinden mit „Stadt“-Status lag in Sachsen bei rund 8 013 Einwohnerinnen und Einwohnern, der mittlere Wert der Einwohnerdichte bei etwa 187 Einwohnerinnen und Einwohnern je Quadratkilometer. Unter den 250 Gemeinden ohne „Stadt“-Status lag mit einer einzigen Ausnahme der Auspendleranteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2019 bei mindestens 60%, meistens jedoch deutlich darüber.² Daher erachten wir darunterliegende Werte als Maß für einen niedrigen Auspendleranteil.

* Mona Förtsch und Selina Schulze Spüntrup sind Doktorandinnen an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Tab. 1
Merkmale und Kriterien von Städten

Merkmal	Kriterium	
Größe	Einwohnerzahl	> 8013
Siedlungsstruktur	Einwohnerdichte	> 187 pro km ²
Arbeitsmarkt	Auspendleranteil	< 60%
Zentralität	Amtshauptmannschaft/Kreisstadt und/oder Kreisstadt	im Jahr 1921 ab 1994

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Von den 169 Gemeinden mit „Stadt“-Status erfüllen 19 Gemeinden alle drei Kriterien. Diese sind in alphabetischer Reihenfolge: Annaberg-Buchholz, Bautzen, Chemnitz, Döbeln, Dresden, Freiberg, Glauchau, Görlitz, Hoyerswerda, Leipzig, Meißen, Mittweida, Oschatz, Plauen, Riesa, Torgau, Weißwasser/O.L., Zittau und Zwickau.

Es stellte sich heraus, dass es sich bei diesen 19 Städten vor allem um aktuelle oder historische Kreisstädte bzw. Kreisfreie Städte handelt. Der langjährige Status als Kreisstadt bzw. Kreisfreie Stadt hat maßgeblichen Einfluss auf das Wachstum und den Entwicklungsprozess von Gemeinden (Bluhm et al. 2020, Dascher 2004, Heider et al. 2018, Turner und Turner 2011). So siedeln sich am Standort der Kreisverwaltung oft weitere Institutionen und Einrichtungen sowie Unternehmen an, was langfristig eine zentrale Ankerfunktion über die Verwaltung hinaus schafft.

Wir haben daher das Merkmal der Zentralität und damit die Eigenschaft als historische Kreisstadt genutzt, um weitere Gemeinden als Städte zu identifizieren. Neben den bereits identifizierten Städten erfüllen 19 weitere Gemeinden das Kriterium, 1921 Amtshauptmannschaft/Kreisstadt oder ab 1994 eine Kreisstadt gewesen zu sein: Aue-Bad Schlema, Auerbach/Vogtl., Borna, Delitzsch, Dippoldiswalde, Flöha, Grimma, Großhain, Kamenz, Löbau, Marienberg, Niesky, Oelsnitz/Vogtl., Pirna, Rochlitz, Rothenburg/O.L., Schwarzenberg/Erzgeb., Stollberg/Erzgeb. und Werdau. Außerdem erfüllen diese Städte mindestens ein Kriterium von überdurchschnittlich hoher Einwohnerzahl, überdurchschnittlich hoher Einwohnerdichte oder eines relativ niedrigen Auspendleranteils. Insgesamt lassen sich so 38 der 419 Gemeinden in Sachsen als Städte identifizieren (vgl. Abb. 1).

Etwas mehr als die Hälfte der sächsischen Bevölkerung verteilt sich auf die 38 ausgewählten Städte. Rund 34% aller Einwohnerinnen und Einwohner wohnen in den drei Kreisfreien Städten, weitere 21% leben in den 35 ausgewählten kreisangehörigen Städten. Die 38 ausgewählten Städte decken auch einen Großteil der besonders dicht besiedelten Gebiete ab. Rund 77% aller Rasterzellen mit 50 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern liegen innerhalb der 38 ausgewählten Städte.

UMLAND

Mobilitätsströme spiegeln die engen Verbindungen der 38 ausgewählten Städte mit ihrem Umland wider, wobei Entfernungen die entscheidende Rolle spielen. Die drei Kreisfreien Städte

dienen als Ausgangspunkt zur Ableitung der Schwellenwerte und damit der Kriterien zur Abgrenzung des Umlandes. Die Abbildungen 2 bis 4 zeigen den Anteil der Einpendelnden (hellgrün) oder Zuzüge (dunkelgrün), die aus Orten innerhalb eines bestimmten Umkreises stammen (gemessen in Kilometern zum jeweiligen Stadtzentrum auf der horizontalen Achse). Der erste Punkt repräsentiert den Mittelpunkt der jeweiligen Stadt (d. h. in 0 km Entfernung), der zweite Punkt rechts davon die Gemeinde mit der kürzesten Entfernung zur Stadt usw. Jeder weitere Punkt symbolisiert das Hinzutreten einer weiteren Gemeinde. Anhand der Darstellung lässt sich erkennen, aus welchem Umkreis wieviel Prozent der Einpendelnden und Zuziehenden in die jeweilige Stadt kommen. Der Punkt, an dem die Kurven beginnen, sich abzuflachen, wird als „Kippunkt“ bezeichnet.

Für alle drei Kreisfreien Städte zeigt sich, dass die Kurve der Einpendlerinnen und Einpendler oberhalb der Kurve der Zuzüge verläuft und auch deutlich steiler ist (vgl. Abb. 2 bis 4). Dies bedeutet, dass die Zuzüge aus einem deutlich größeren Einzugsgebiet stammen als die Pendelnden. Dies lässt sich dadurch erklären, dass Umzüge eine längerfristige Entscheidung darstellen, bei der die Entfernung weniger entscheidend ist als beim täglichen Pendeln. Insgesamt zeigt sich ein Bild von zunächst stark ansteigenden, aber mit zunehmender Entfernung langsam abflachenden Kurven.

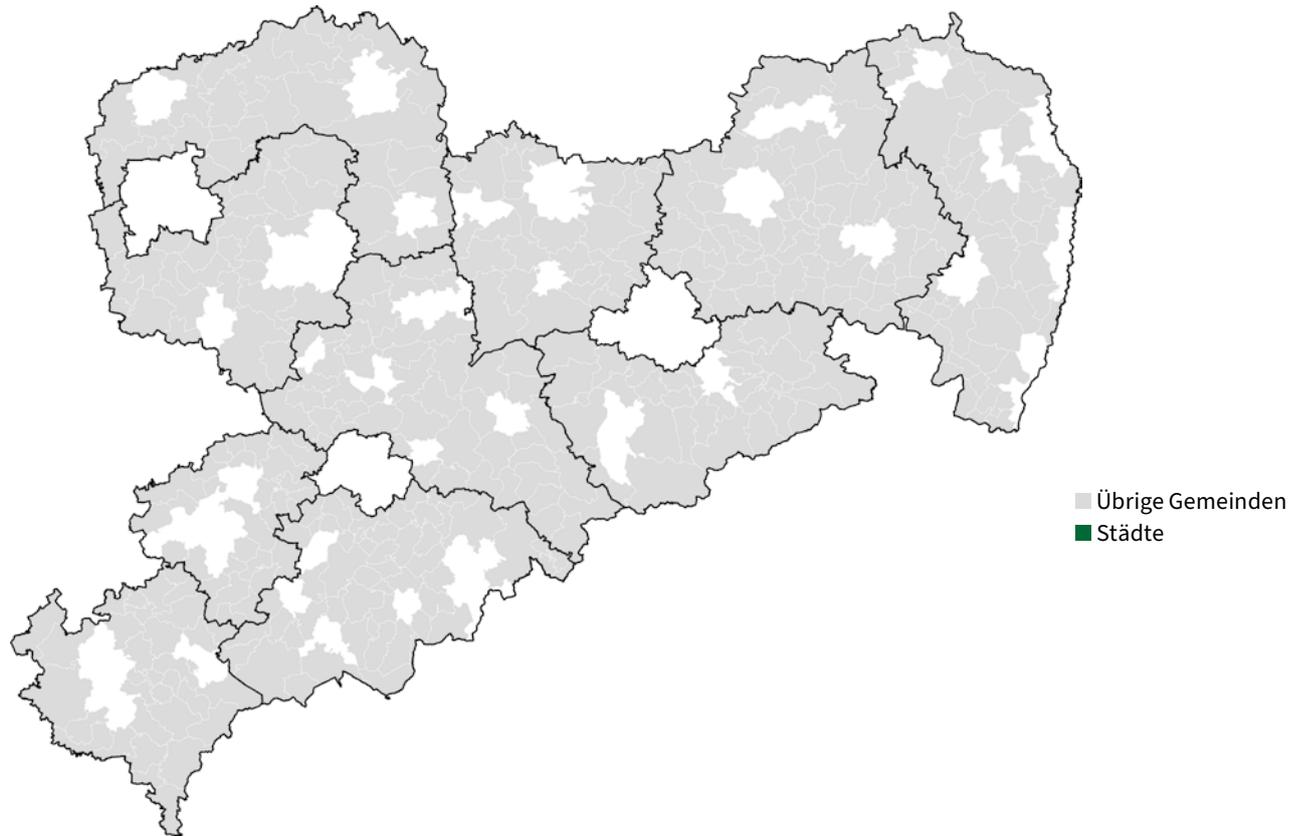
Abbildung 2 veranschaulicht die Situation für Chemnitz. Beim Pendleranteil (hellgrün) ist ein Abflachen und ein leichter Knick schon nach Erreichen eines „Kipppunktes“ von rund zwei Dritteln zu beobachten (obere gepunktete Linie): Rund zwei Drittel aller Einpendlerinnen und Einpendler nach Chemnitz stammten demnach aus einem Umkreis von 25 Kilometern. Bei den Zuzügen (dunkelgrün) entsteht der „Kippunkt“ schon bei einem Drittel (untere gepunktete Linie): Rund ein Drittel aller Zuzüge nach Chemnitz stammten aus einem Umkreis von 20 Kilometern. Beide Kurven steigen rasch an, was bedeutet, dass das Umland von Chemnitz eher klein ist.

Abbildung 3 zeigt die Situation für Dresden. Zwei Drittel aller Einpendlerinnen und Einpendler nach Dresden stammten aus einem Umkreis von 25 Kilometern (hellgrün). Rund ein Drittel aller Zuzüge nach Dresden stammten auch aus einem Umkreis von etwa 25 Kilometern (dunkelgrün). Vor allem die Kurve der Zuzüge steigt langsamer an, als es bei Chemnitz der Fall war, was bedeutet, dass das Umland von Dresden eher etwas größer ist.

Abbildung 4 zeigt schließlich die Situation für Leipzig. Etwa zwei Drittel aller sächsischen Einpendlerinnen und Ein-

Abb. 1

Städte und übrige Gemeinden in Sachsen

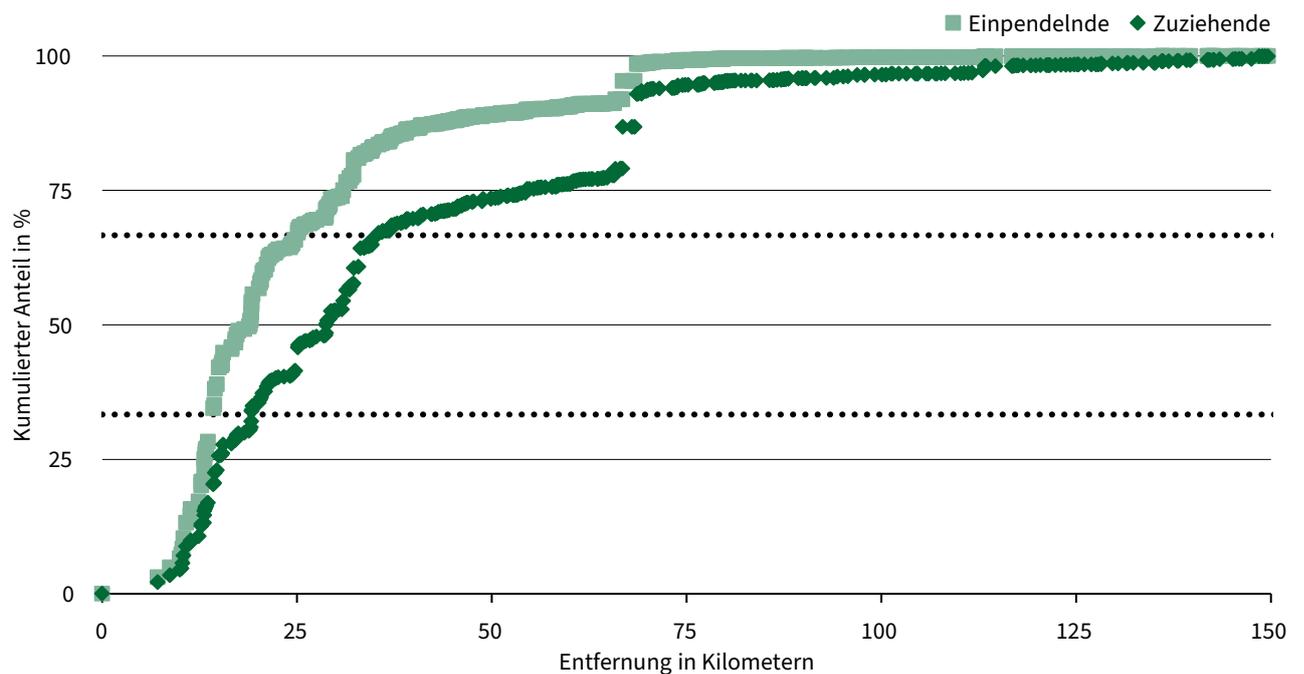


Quelle: © GeoBasis-DE / BKG (2021), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 2

Kumulierter Anteil von Einpendelnden und Zuziehenden nach Chemnitz (in %, 2019 bzw. Drei-Jahres-Summe 2015–2017)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

pendler nach Leipzig (hellgrün) lebten 2019 im Umkreis von rund 25 Kilometern. Ein Drittel aller Zuzüge (dunkelgrün) nach Leipzig stammte aus einem Umkreis von 30 Kilometern. Zu berücksichtigen ist hierbei jedoch auch die im Vergleich zu Dresden und Chemnitz weniger zentrale Lage Leipzigs innerhalb Sachsens. Da nur Zuzüge aus Sachsen betrachtet werden, muss das Umland von Leipzig weiter nach Osten reichen, um die notwendigen kumulierten Anteile von Pendelnden und Zuzügen zu erfassen, da es im Westen und Norden durch die Landesgrenze (zu Sachsen-Anhalt) begrenzt ist. Dadurch ist der Einzugsbereich nach Osten gegebenenfalls etwas so groß abgegrenzt worden. Wie in Dresden steigt die Kurve der Zuzüge mit zunehmender Entfernung vergleichsweise langsam an.

Ein Vergleich der Einzugsgebiete der drei Kreisfreien Städte mit Blick auf die Pendelnden zeigt, dass die Einzugsgebiete von Leipzig und Dresden ähnlich groß und dabei größer sind als das Einzugsgebiet von Chemnitz. Bei den Binnenzuzügen aus anderen sächsischen Gemeinden wies Leipzig unter allen drei Kreisfreien Städten den größten Einzugsbereich auf.

Die generellen Muster der räumlichen Verknüpfungen zwischen Kreisfreien Städten und ihrem Umland ähneln sich in Chemnitz, Dresden und Leipzig. Das Haupteinzugsgebiet der drei Städte umfasst rund zwei Drittel aller Einpendlerinnen und Einpendler sowie ein Drittel aller Zuzüge. Nach Erreichen dieser „Kippunkte“ nimmt die Mobilität spürbar ab. Die übrigen Einpendelnden und Zuzüge verteilen sich dann auf einen sehr großen Raum. Wir definieren das Umland der drei Kreisfreien Städte deshalb so, dass es die Gemeinden umfasst, die in dem kleinstmöglichen Umkreis liegen, in dem entweder zwei Drittel aller Pendlerinnen und Pendler oder ein Drittel aller Zuzüge erfasst werden.

Wie die drei Kreisfreien Städte sind auch die übrigen 35 ausgewählten Städte eng mit ihrem Umland verknüpft. Es

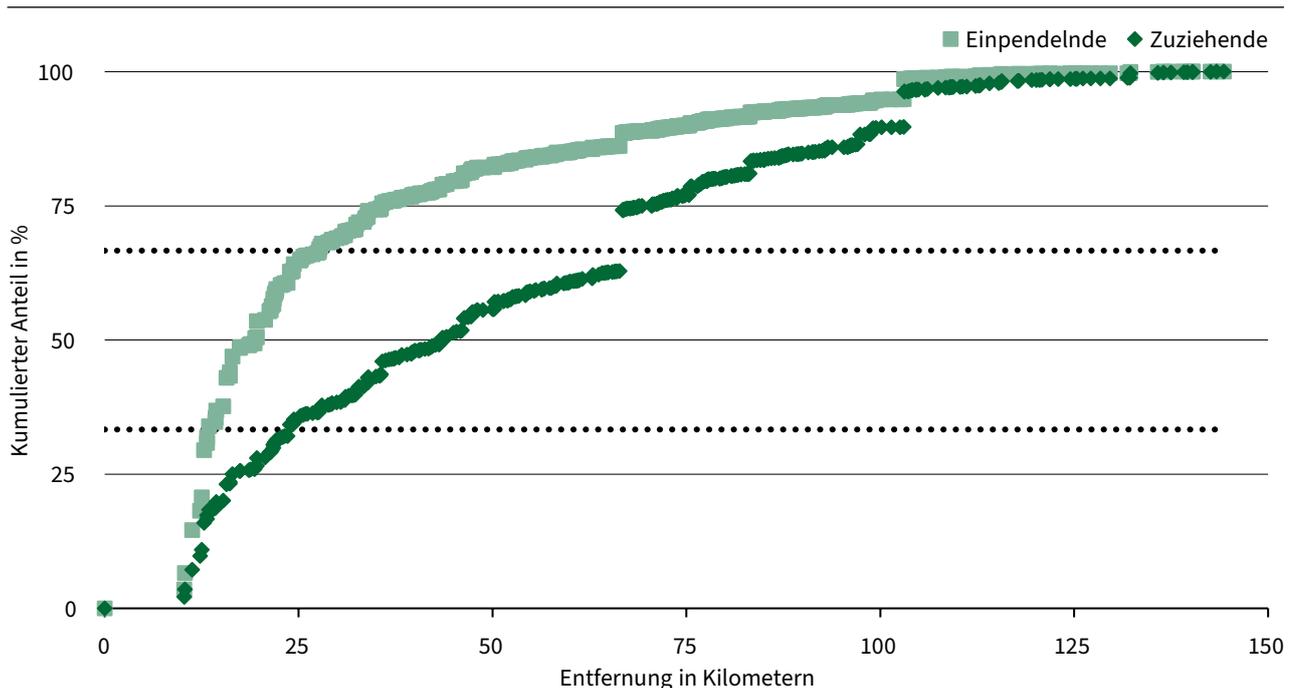
zeigen sich sehr ähnliche Muster zwischen Entfernung und Verflechtung – dies jedoch bei insgesamt deutlich kleineren Einzugsbereichen. Beispielsweise lebten rund zwei Drittel aller Einpendelnden und ein Drittel aller Zuziehenden im Umkreis nur weniger Kilometer um Bautzen oder Zwickau. Dies kann auch auf die Nähe anderer Städte zurückgeführt werden. Im Fall von Freiberg und Döbeln kamen ebenfalls ein Großteil der Einpendlerinnen und Einpendler aus dem direkt benachbarten Umkreis. Das Umland war jeweils deutlich enger als das Umland der Kreisfreien Städte. In Freiberg ist allerdings ein größeres Einzugsgebiet bei den Umzügen zu beobachten. Dies kann unter anderem auch auf Zuzüge von Studierenden zurückgeführt werden.

Wie bei den Kreisfreien Städten flacht oder knickt der Anteil von Einpendelnden nach dem „Kippunkt“ von rund zwei Dritteln und der Anteil von Zuzügen nach einem Drittel erkennbar ab. Wir definieren das Umland der übrigen 35 ausgewählten Städte daher analog zu den Kreisfreien Städten. Schließlich soll das Umland aller ausgewählten 38 Städte jene Gemeinden umfassen, die in dem kleinstmöglichen Umkreis liegen, mit dem entweder zwei Drittel aller Pendelnden oder ein Drittel aller Zuziehenden erfasst werden (vgl. Tab. 2).

Trifft eines der beiden Kriterien auf eine Gemeinde außerhalb der bereits als Städte identifizierten Gemeinden zu, klassifizieren wir sie als eine Gemeinde, die zum Umland gehört. Wie weit das Umland dabei in den Raum ragt, unterscheidet sich zwischen den jeweiligen Städten. So reicht das Umland von Leipzig und Dresden etwas weiter in den Raum als das Umland von Chemnitz. Zu bedenken ist jedoch die besonders dichte Besiedelung des industriell geprägten Südwestens von Sachsens und die kleinteiligere Gemeindestruktur im Umkreis von Chemnitz. Im so definierten Umland von Chemnitz lebten 213345, im Umland von Leipzig 238016 und dem von Dresden 336908

Abb. 3

Kumulierter Anteil von Einpendelnden und Zuziehenden nach Dresden (in %, 2019 bzw. Drei-Jahres-Summe 2015–2017)

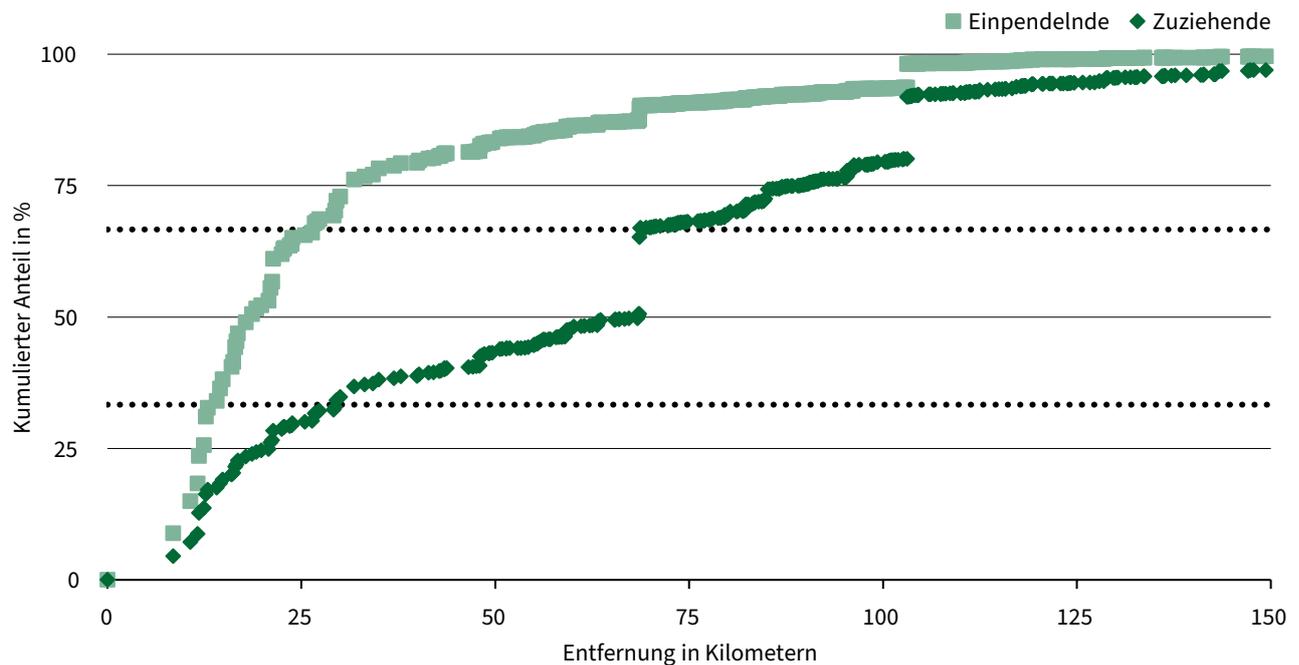


Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 4

Kumulierter Anteil von Einpendelnden und Zuziehenden nach Leipzig (in %, 2019 bzw. Drei-Jahres-Summe 2015–2017)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Einwohnerinnen und Einwohner. Die Unterschiede sind teilweise auch auf die besonders großräumige Gemeindestruktur im Umland von Dresden zurückzuführen. Auch das jeweilige Umland der übrigen 35 Städte unterscheidet sich in seiner Größe. Beispielsweise haben Bautzen und Freiberg ein größeres Umland als Zwickau oder Döbeln.

Wenn wir das Umland entsprechend der beiden Kriterien für alle 38 ausgewählten Städte bestimmen, entsteht zunächst eine grobe Einteilung von drei Räumen in Sachsen, wobei weite Teile Sachsens als Städte oder deren Umland klassifiziert werden (vgl. Abb. 5). In allen zehn Landkreisen finden sich Städte, Umland und die übrigen Gemeinden. Das Umland von Freiberg verbindet das Umland von Chemnitz und Dresden. Im Osten von Sachsen gibt es entlang der Städtekette Kamenz-Bautzen-Löbau ein Band von Umlandgemeinden. Entlang der nördlichen und südlichen Landesgrenzen befinden sich verstärkt Gemeinden, die weder Städten noch ihrem Umland zugerechnet werden können.

ENGERER UND WEITERER VERFLECHTUNGSRAUM

Da sich das über die Einpendelnden und Zuziehenden in die Städte bemessene Umland als sehr weiträumig erwiesen hat, haben wir das Umland als Verflechtungsraum der Städte noch

einmal in einen engeren und einen weiteren Verflechtungsraum unterteilt. Der engere Verflechtungsraum ist als „erster Kragen“ um die Städte stärker mit den Städten verknüpft als der weitere Verflechtungsraum als „zweiter Kragen“ dahinter.

Im gesamten Umland der ausgewählten Städte pendelt etwa ein Drittel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort in eine Stadt zur Arbeit. Im direkten Umkreis der Städte ist der Anteil jedoch wesentlich höher, bei weiterer Entfernung deutlich geringer. Zusätzlich zu den Merkmalen des Anteils der Einpendlerinnen und Einpendler und der Zuzüge haben wir anhand des Auspendleranteils den als Umland definierten Raum in diese beiden Teilregionen zerlegt. Wir haben den Schwellenwert des Auspendleranteils auf ein Drittel festgelegt, also rund 33 Auspendelnde in die ausgewählten Städte je 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort (vgl. Tab. 3). Da Gemeinden mit einem höheren Auspendleranteil eine besonders starke Verflechtung mit der Stadt zu haben scheinen, bilden sie den engeren Verflechtungsraum.

Gemeinden aus dem engeren Verflechtungsraum spielen durch die Einpendelnden und die Zuziehenden in die Städte eine wichtige Rolle für diese. Gleichzeitig sind die Städte für die Gemeinden aus dem engeren Verflechtungsraum aufgrund der Auspendelnden aus den Gemeinden von zentraler Bedeutung. Die beiden Räume sind so in beide Richtungen miteinander

Tab. 2

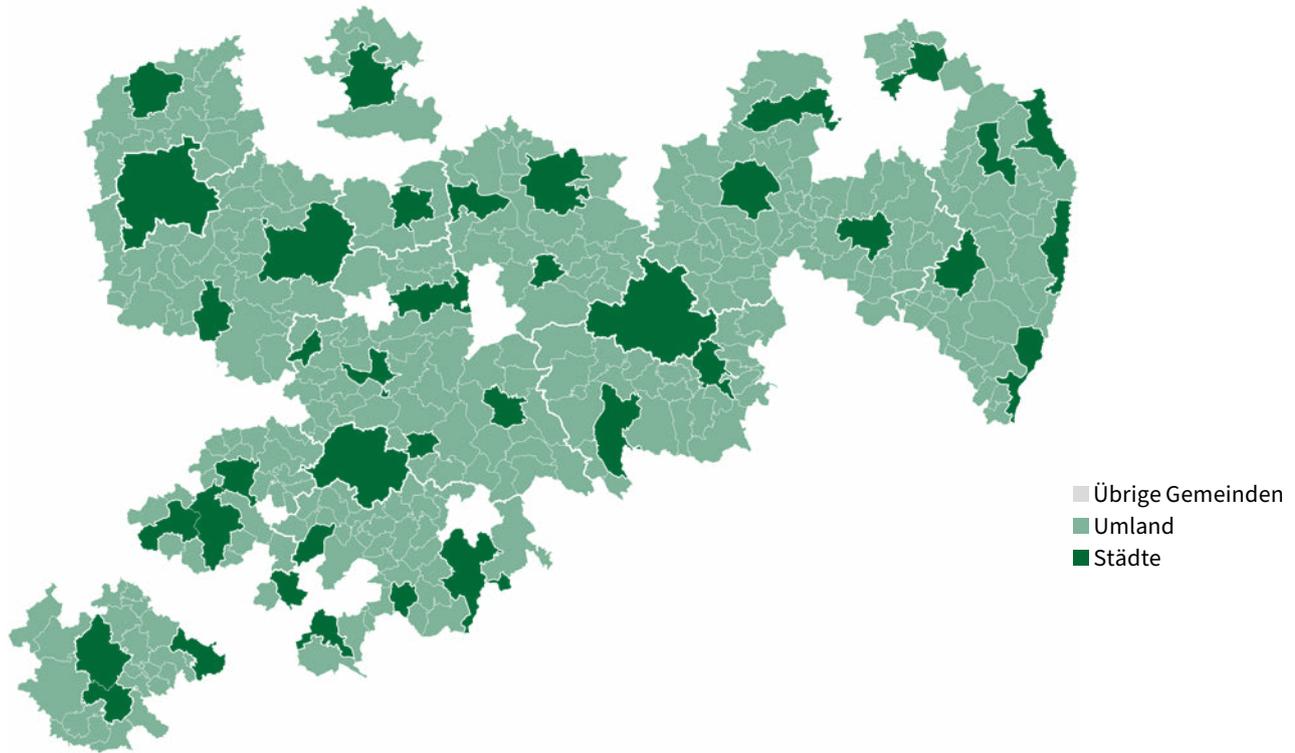
Merkmale und Kriterien des Umlandes

Merkmal	Kriterium
Einpendler	bis zu 2/3 aller Einpendler in die Stadt
Zuzüge	bis zu 1/3 aller Zuzüge in die Stadt

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 5
Umland der 38 ausgewählten Städte



Quelle: © GeoBasis-DE / BKG (2021), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

verbunden. Gemeinden aus dem weiteren Verflechtungsraum stellen für die Städte ebenfalls einen nicht zu vernachlässigenden Einzugsbereich dar. Aus Sicht der Gemeinden im weiteren Verflechtungsraum ist ihre Verbindung mit den Städten allerdings weniger intensiv, da ihr Auspendleranteil geringer ist als der der Gemeinden im engeren Verflechtungsraum. Gemeinden aus dem zuvor definierten Umland mit einem niedrigeren Auspendleranteil haben wir mit den übrigen Gemeinden zum weiteren Verflechtungsraum zusammengefasst.

Insgesamt haben wir eine Klassifikation von Stadt, engem Verflechtungsraum und weiterem Verflechtungsraum hergeleitet, die folgendes Bild ergibt (vgl. Abb. 6): Städte sind die 38 ausgewählten Städte, die aufgrund ihrer Einwohnerzahl, ihrer Einwohnerdichte und ihres Auspendleranteils bzw. ihrer Entwicklungsgeschichte als historisch gewachsene Kreisstädte alle Charakteristika urbaner Räume aufweisen (dunkelgrün). Der sich hieran anschließende engere Verflechtungsraum bein-

haltet alle Gemeinden im Haupteinzugsgebiet der Städte (zwei Drittel aller Einpendelnden oder ein Drittel aller Zuziehenden), in denen mindestens ein Drittel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort in die Städte pendeln (hellgrün). Der weitere Verflechtungsraum umfasst alle verbleibenden Gemeinden (grau). Insgesamt ergeben sich drei Kreisfreie Städte, 35 weitere Städte, 231 Gemeinden im engeren Verflechtungsraum der ausgewählten Städte und 150 Gemeinden im weiteren Verflechtungsraum.

FAZIT

Sachsens Gemeinden sind eng miteinander verflochten. Pendlerströme und Umzüge weben ein dichtes Netz von Verbindungen zwischen den einzelnen Gemeinden. Auf der Grundlage von Einwohnerzahl, Einwohnerdichte, Auspendleranteilen und historischer Funktion haben wir 38 Gemeinden identifiziert, die

Tab. 3
Merkmale und Kriterien des engeren Verflechtungsraumes

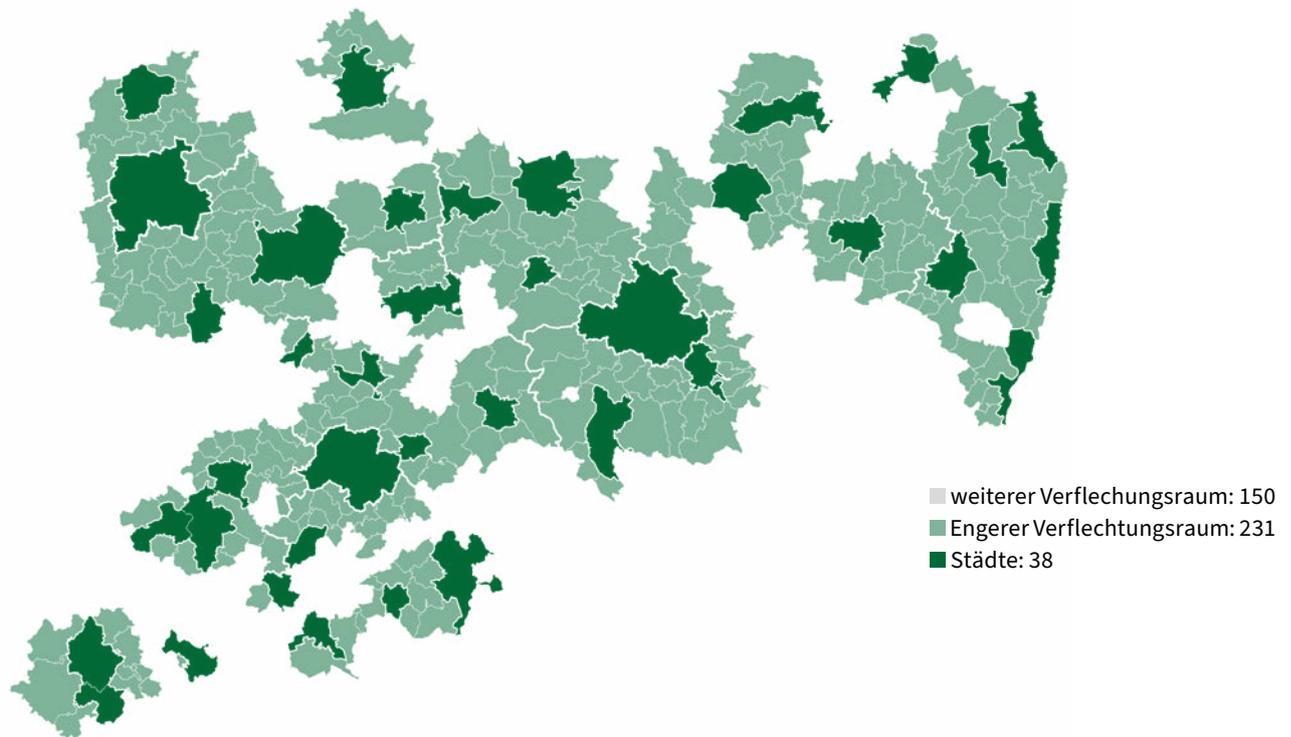
Merkmal	Kriterium
Einpendler	bis zu 2/3 aller Einpendler in die Stadt
Zuzüge	bis zu 1/3 aller Zuzüge in die Stadt
Auspendler	Auspendler in Städte je 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort > 33

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 6

Verflechtungsräume der 38 ausgewählten Städte



Quelle: © GeoBasis-DE / BKG (2021), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

wichtige wirtschaftliche und soziale Funktionen für ihr jeweiliges Umland erfüllen und als Städte definiert. Neben den drei Kreisfreien Städten gehören hierzu 35 kreisangehörige Städte. Diese verteilen sich dabei über ganz Sachsen und sind häufig weit von den drei Kreisfreien Städten entfernt. Die Abgrenzung des Umlands dieser Städte haben wir anhand von Pendler- und Umzugsverflechtungen durchgeführt. Gemeinden, die besonders stark mit einer nahen Stadt verbunden sind, gelten als ihr engerer Verflechtungsraum. Gemeinden, die ein solches Muster nicht aufweisen, gelten als weiterer Verflechtungsraum. Häufig beruht dies auf Lagenachteilen, also einer größeren Entfernung zu den sächsischen Städten. Teilweise sind dies aber auch Gemeinden, die aufgrund ihrer Spezifika – z. B. als Standort von Gesundheitseinrichtungen oder großen Industriebetrieben – nur geringe Verflechtungen zu den Städten aufweisen, ohne selbst die Kriterien für die Einstufung als Stadt zu erfüllen.³

LITERATUR

Bluhm, R., Lessmann, C. und P. Schaudt (2020), *The Political Geography of Cities*. Download unter http://www.richard-bluhm.com/wp-content/uploads/2020/10/The_Political_Geography_of_Cities_WEB.pdf, abgerufen am 29. Juli 2021.

Dascher, K. (2004), „County Capital Cities, County Public Finance and County Economic Geography“, *Economics of Governance*, Jg. 2004, Nr. 5, S. 213–233.

Heider, B., Rosenfeld, M. T. W. und A. Kauffmann (2018), „Does Administrative Status Matter for Urban Growth? Evidence from Present and Former County Capitals in East Germany“, *Growth and Change*, Nr. 49 (1), S. 33–54.

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (Hrsg.) (2022), *Zweite Sozialberichterstattung für den Freistaat Sachsen 2022*, online verfügbar unter: <https://www.sms.sachsen.de/sozialberichterstattung-2022.html>.

Turner, S. C. und R. N. Turner (2011), „Capital Cities – A Special Case in Urban Development“, *The Annals of Regional Science*, Jg. 2011, Nr. 46, S. 19–35.

- 1 Die in diesem Bericht dargestellten Ergebnisse sind Teil der Zweiten Sozialberichterstattung für den Freistaat Sachsen.
- 2 Die Ausnahme ist der Kurort Seiffen/Erzgebirge mit einem Auspendleranteil an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten am Wohnort von 56,8%.
- 3 In einigen wenigen Fällen bestehen Verflechtungen auch zu Städten außerhalb Sachsens, die jedoch im Rahmen der Zweiten Sozialberichterstattung für den Freistaat Sachsen nicht dargestellt werden konnten.

Robert Lehmann und Ida Wikman*

Eine Analyse der Konjunkturzyklen für die deutschen Bundesländer

Eine detaillierte Analyse bundeslandspezifischer Konjunkturzyklen war bislang aufgrund fehlender Daten nur eingeschränkt bzw. unzureichend möglich. In diesem Beitrag nutzen wir eine neue Datenbasis zum vierteljährlichen Wirtschaftswachstum der 16 Bundesländer und widmen uns der Datierung regionaler Konjunkturzyklen in Deutschland. Drei zentrale Erkenntnisse lassen sich formulieren. Erstens dauern Auf- und Abschwünge in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich lang. Zweitens fällt die Höhe bzw. Tiefe der wirtschaftlichen Aktivität sehr heterogen aus. Drittens überlappen sich die bundeslandspezifischen Zyklen in unterschiedlicher Stärke mit der gesamtdeutschen Entwicklung. Die neuen Daten und Erkenntnisse könnten daher für eine detaillierte Untersuchung der Schuldenbremsen verwendet werden.

EINLEITUNG

Ein gängiges Narrativ in Deutschland ist die Annahme, dass die konjunkturellen Ausschläge der wirtschaftlichen Aktivität der Bundesländer jener für Deutschland insgesamt ähneln. Erhebliche wirtschaftsstrukturelle Unterschiede zwischen den Ländern lassen dieses Narrativ jedoch recht unrealistisch erscheinen. Die bislang für Deutschland erschienenen Untersuchungen mussten alle die gleichen Abstriche machen, da vor allem ein Problem die Analysen erschwerte: die Datenverfügbarkeit.¹ Derzeit existieren für die deutschen Bundesländer seitens der amtlichen Statistik ausschließlich Jahresangaben zum Wirtschaftswachstum (Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts). Angaben in Jahresfrequenz unterdrücken jedoch konjunkturelle Schwankungen innerhalb eines Jahres oder zwischen aufeinanderfolgenden Jahren. Nachfolgend nutzen wir eine neue Datenbasis, welche wir zuletzt in einem neuen Arbeitspapier vorgestellt haben (vgl. Lehmann und Wikman 2023). Dort berechnen wir vierteljährliche Angaben zum regionalen Wirtschaftswachstum für alle 16 Bundesländer und datieren die regionalen Konjunkturzyklen. Der nachfolgende Artikel bereitet diese Ergebnisse in kompakter Form auf.

Unser Aufsatz erweitert zunächst einmal die bestehenden Studien für Deutschland. Schirwitz et al. (2009a, b, c) stützen sich ausschließlich auf monatliche Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe. Ferreira-Lopes und Sequeira (2011) basieren ihre Analyse auf jährlichen Angaben zum preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt (BIP). Gießler et al. (2021) nutzen hingegen vierteljährliche Angaben zum Wirtschaftswachstum. Jedoch können sie ausschließlich auf die Aggregate Ostdeutschland und Westdeutschland zurückgreifen. Wir hingegen benutzen vierteljährliche Angaben zum Wirtschaftswachstum der 16 Bundesländer im Zeitraum 1995 bis 2021 und datieren damit bundeslandspezifische Konjunkturzyklen.

Es bestehen erhebliche Unterschiede in den konjunkturellen Schwankungen der Bundesländer. Neben der Dauer von Auf- und Abschwüngen variiert auch die Amplitude der regionalen Konjunkturzyklen, also die durchschnittliche Veränderung der wirtschaftlichen Leistung im Auf- und Abschwung. Wirt-

schaftliche Schwächephasen dauern in Brandenburg im Mittel am kürzesten. Die längsten Abschwünge finden sich für die Wirtschaft des Saarlandes. Ebenfalls heterogen fallen die Aufschwünge aus. In Bayern, Brandenburg und Baden-Württemberg dauern die Aufschwünge am längsten. Die kürzeste Dauer findet sich für Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz. Darüber hinaus variiert die Ausprägung der Aufschwünge zwischen den Bundesländern. Die wirtschaftliche Leistung in Bayern (14,1%), Baden-Württemberg (11,3%) und Niedersachsen (10,0%) legt in einem Aufschwung durchschnittlich am kräftigsten zu. Nordrhein-Westfalen (5,6%), Sachsen-Anhalt (5,7%) und Hessen (6,7%) zeigen insgesamt die geringsten Aufschwünge. Die Tiefe der Abschwünge ist am stärksten ausgeprägt im Saarland (-8,5%), Bremen (-6,1%) und Baden-Württemberg (-5,9%). In etwa halb so groß fallen die Abschwünge in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein aus. Zudem können wir das bestehende Narrativ der zyklischen Gleichheit zusätzlich entkräften, da die Überlapung zum deutschen Konjunkturzyklus ebenfalls sehr heterogen ist. So finden wir die stärksten Ähnlichkeiten zu Deutschland für Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen, während die geringsten Ähnlichkeiten für Niedersachsen, Berlin und das Saarland beobachtbar sind.

ERWEITERTE DATENBASIS FÜR DAS WIRTSCHAFTSWACHSTUM DER BUNDESLÄNDER

Derzeit existieren in Deutschland lediglich offizielle Angaben zum Wirtschaftswachstum der Bundesländer in Jahresfrequenz (vgl. Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder 2022).² Jahresdaten sind jedoch für die Konjunkturdiagnose, also die Einschätzung, in welcher Konjunkturphase sich die regionale Wirtschaft derzeit befindet, und eine etwaige historische Zyklendatierung, also eine systematische Analyse

* Dr. Robert Lehmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des ifo Zentrums für Makroökonomik und Befragungen am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V., Ida Wikman ist Doktorandin am Seminar für Makroökonomie an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

der Schwankungsmuster der regionalen Wirtschaft, ungeeignet. Die Aggregation zu Jahresangaben unterdrückt dabei etwaige Schwankungen innerhalb eines Jahres oder zwischen zwei aufeinanderfolgenden Jahren. Lehmann und Wikman (2023) haben jüngst konsistente Schätzungen zum vierteljährlichen Wirtschaftswachstum für die 16 deutschen Bundesländer vorgelegt, welche zwei zentrale Bedingungen erfüllen. Zum einen ist gewährleistet, dass der (gewichtete) Durchschnitt aller Bundesländer in jedem Quartal der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten offiziellen Verlaufsrate des preis-, saison- und kalenderbereinigten BIP in Deutschland entspricht. Zum anderen ergeben die vierteljährlichen Angaben eines Jahres das offizielle, vom Arbeitskreis VGR der Länder ausgewiesene Wirtschaftswachstum eines Bundeslands für das entsprechende Jahr. Damit ist das vierteljährlich geschätzte Wirtschaftswachstum der Bundesländer zu jeder Zeit konsistent mit den Angaben der amtlichen Statistik, was eine wesentliche Voraussetzung für die vorliegenden Analysen darstellt. Die Schätzung der vierteljährlichen Daten zum Wirtschaftswachstum erfolgt auf Basis eines modernen zeitreihenökonomischen Verfahrens. Dabei werden historische Zusammenhänge zwischen den Bundesländern und zu Deutschland insgesamt modelliert und um regionale Informationen (z. B. die bundeslandspezifische Arbeitslosenquote oder die regionalisierten Ergebnisse der ifo Konjunkturumfrage) ergänzt.

Die beiden nachfolgenden Abbildungen präsentieren die vierteljährlichen, annualisierten Wachstumsraten des geschätzten preis-, saison- und kalenderbereinigten BIP der 16 Bundesländer nach Lehmann und Wikman (2023) jeweils zusammen mit der gesamtdeutschen Entwicklung. Annualisiert bedeutet dabei die gewichtete Aggregation der vierteljährlichen Verlaufsrate gemäß der Bedingung nach Mariano und Murasawa (2003) sowie Schorfheide und Song (2015):

$$y_t^{B,I} = \frac{1}{4}y_t^B + \frac{1}{2}y_{t-1}^B + \frac{3}{4}y_{t-2}^B + y_{t-3}^B + \frac{3}{4}y_{t-4}^B + \frac{1}{2}y_{t-5}^B + \frac{1}{4}y_{t-6}^B.$$

So ergibt sich das jährliche Wirtschaftswachstum eines Bundeslands ($y_t^{B,I}$) approximativ als gewichteter Durchschnitt der contemporären und verzögerten vierteljährlichen Verlaufsrate des BIP (y_t^B, \dots, y_{t-6}^B).³ Somit entspricht die annualisierte Rate in jedem vierten Quartal eines Jahres der offiziellen Jahreswachstumsrate der amtlichen Statistik.

Die Abbildungen 1 und 2 verdeutlichen bereits die starke Heterogenität der Schwankungen im Wirtschaftswachstum zwischen den Bundesländern. Diese Heterogenität findet auch Ausdruck in den Korrelationskoeffizienten zwischen bundeslandspezifischem und gesamtdeutschem Wirtschaftswachstum (vgl. Tab. 1). Während das annualisierte Wirtschaftswachstum der ökonomisch größten Bundesländer Baden-Württemberg (0,97), Bayern (0,94) und Nordrhein-Westfalen (0,95) am stärksten mit der Rate für Deutschland korreliert, finden sich die geringsten Zusammenhänge für Mecklenburg-Vorpommern (0,52) und die beiden Stadtstaaten Berlin (0,58) sowie Hamburg (0,60). Maßgeblich hierfür dürften wirtschaftsstrukturelle Unterschiede sein. Während die ersten drei Bundesländer vor allem durch eine starke industrielle Präsenz geprägt sind, zeichnen sich die letzten drei Bundesländer vor allem durch einen hohen Wertschöpfungsanteil im Dienstleistungsbereich aus.

Jedoch sind für die Analyse der regionalen Konjunkturzyklen nicht nur die Korrelationen entscheidend, sondern viel-

mehr die Schwankung des Wirtschaftswachstums an sich. Hier zeigen die beiden Abbildungen erhebliche Unterschiede in den Ausschlägen des Wirtschaftswachstums. Ausdruck findet dies in den Standardabweichungen der annualisierten Zuwachsraten, welche 1,9 Prozentpunkte für Deutschland insgesamt beträgt. Die stärkste Variation zeigt sich für Baden-Württemberg (3,0 Prozentpunkte), Bremen (2,5 Prozentpunkte) und das Saarland (3,1 Prozentpunkte). Alle drei Bundesländer sind durch einen überdurchschnittlich hohen Wertschöpfungsanteil des Verarbeitenden Gewerbes gekennzeichnet. Die geringste Variation beim annualisierten Wirtschaftswachstum weist Schleswig-Holstein mit 1,5 Prozentpunkten auf.

Beim Blick auf die ostdeutschen Bundesländer fällt auf, dass deren Korrelationen zum deutschen Wirtschaftswachstum geringer ausfallen – mit Ausnahme von Thüringen – als für die westdeutschen Bundesländer. Maßgeblich hierfür ist das hohe Wirtschaftswachstum zu Beginn der 1990er Jahre als Ausdruck für den anfänglich kräftig einsetzenden Aufholprozess (vgl. Ragnitz 2019). Bei der Betrachtung des Zeitraums ab dem Jahr 2000 steigen die Korrelationen deutlich an, liegen aber weiterhin wertmäßig unter jenen der westdeutschen Bundesländer. Diese Beobachtung könnte Ausdruck sich angleichender Konjunkturzyklen zwischen Ost und West sein, wie von Gießler et al. (2021) festgestellt wurde.

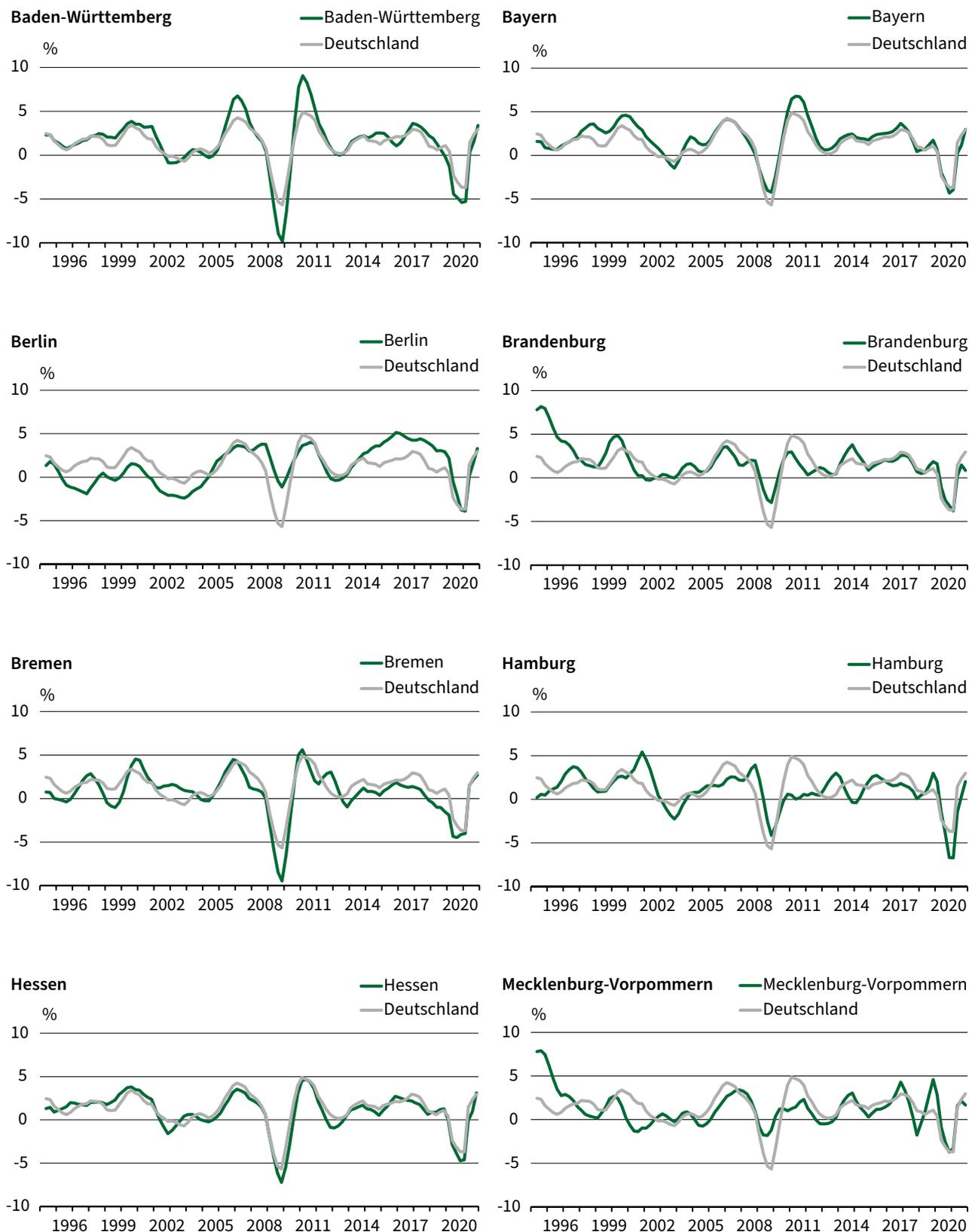
CHARAKTERISTIKA DER BUNDESLAND-SPEZIFISCHEN KONJUNKTURZYKLEN

Die bereits visuell festgestellte starke Heterogenität in den annualisierten Wachstumsraten zwischen den Bundesländern spiegelt sich ebenfalls in den Charakteristika der bundeslandspezifischen Konjunkturzyklen wider (vgl. Tab. 2). Hierzu wurde eine Zyklendatierung auf Basis des weit verbreiteten Bry-Boschan-Datierungsalgorithmus vorgenommen (vgl. Infobox 1). Die Dauer der Abschwünge zwischen den Bundesländern liegt in einem Band von durchschnittlich 4,8 Quartalen. Während die Wirtschaft in Brandenburg mit durchschnittlich 2,6 Quartalen am kürzesten im Abschwung verweilt, beträgt die Dauer im Saarland im Mittel 7,4 Quartale. Eine deutlich ausgeprägtere Heterogenität zeigt sich bei der Dauer von Aufschwüngen. Die längsten Aufschwungsphasen zeigen sich in Bayern (21,0 Quartale), Brandenburg (16,8 Quartale) und Baden-Württemberg (14,8 Quartale). Deren durchschnittliche Dauer ist annähernd dreimal größer als für Sachsen-Anhalt, wo ein Aufschwung im Mittel nur 7,2 Quartale andauert. Danach folgen mit den kürzesten Dauern von ungefähr 10 Quartalen Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz.

Neben der Dauer ist vor allem die Amplitude des jeweiligen Konjunkturzyklus von Interesse. Dabei beschreibt die Amplitude die durchschnittliche prozentuale Veränderung der wirtschaftlichen Aktivität zwischen einem Hoch- und einem Tiefpunkt (bzw. umgekehrt). Die tiefsten durchschnittlichen Abschwünge finden sich für das Saarland (-8,5%), Bremen (-6,1%) und Baden-Württemberg (-5,9%). Für Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein fallen die Amplituden eines Abschwungs im Mittel nur halb so groß aus (-3,4% und jeweils -3,5%). Die stärksten Aufschwünge zeigen sich für Bayern (14,1%), Baden-Württemberg (11,3%) und Niedersachsen (10,0%). Nordrhein-Westfalen (5,6%), Sachsen-Anhalt

Abb. 1

Wirtschaftswachstum der deutschen Bundesländer I (Preis-, saison- und kalenderbereinigte Quartalswerte, annualisierte Veränderung)



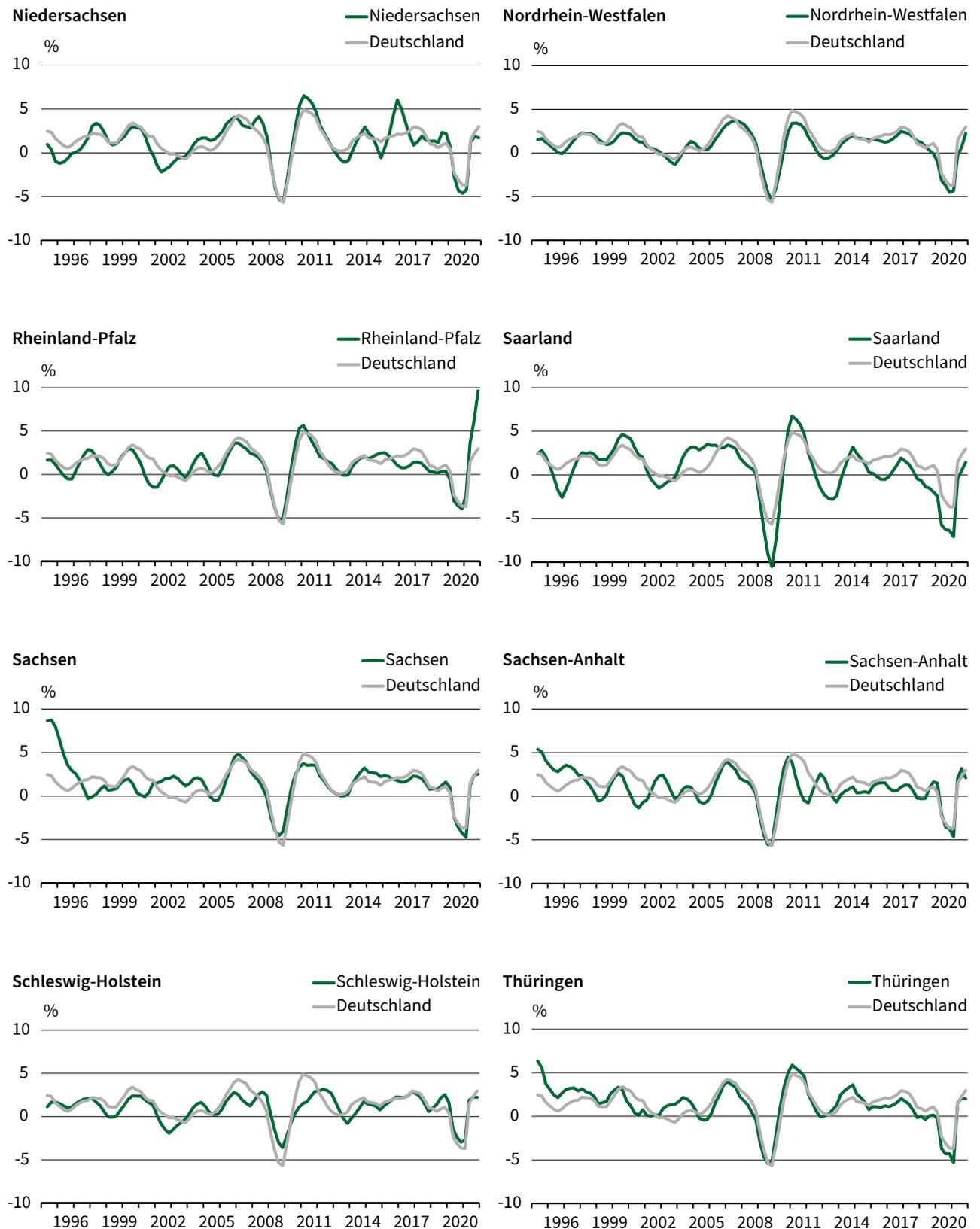
Anmerkung: Die grünen Linien entsprechen den bundeslandspezifischen annualisierten Zuwachsraten der geschätzten Quartalswerte. Die grauen Linien entsprechen jeweils der Entwicklung für Deutschland insgesamt.

Quelle: Lehmann und Wikman (2023).

© ifo Institut

Abb. 2

Wirtschaftswachstum der deutschen Bundesländer II (Preis-, saison- und kalenderbereinigte Quartalswerte, annualisierte Veränderung)



Anmerkung: Die grünen Linien entsprechen den bundeslandspezifischen annualisierten Zuwachsraten der geschätzten Quartalswerte. Die grauen Linien entsprechen jeweils der Entwicklung für Deutschland insgesamt.

Quelle: Lehmann und Wikman (2023).

© ifo Institut

Tab. 1
Korrelationen zwischen den bundeslandspezifischen und der deutschen Zuwachsrate

Bundesland	Korrelation	Bundesland	Korrelation
Baden-Württemberg	0,97	Niedersachsen	0,87
Bayern	0,94	Nordrhein-Westfalen	0,95
Berlin	0,58	Rheinland-Pfalz	0,82
Brandenburg	0,62	Saarland	0,88
Bremen	0,88	Sachsen	0,70
Hamburg	0,60	Sachsen-Anhalt	0,72
Hessen	0,95	Schleswig-Holstein	0,81
Mecklenburg-Vorpommern	0,52	Thüringen	0,86

Anmerkung: Die Korrelationen basieren auf den annualisierten Quartalsraten und dem Zeitraum 1995 bis 2021.

Quelle: Lehmann und Wikman (2023).

© ifo Institut

Tab. 2
Charakteristika der bundeslandspezifischen Konjunkturzyklen

Bundesland	Dauer (# Quartale)		Amplitude (in %)		Konkordanz Deutschland
	Abschwung	Aufschwung	Abschwung	Aufschwung	
Baden-Württemberg	4,6	14,8	-5,9	11,3	90,7
Bayern	3,3	21,0	-4,4	14,1	94,4
Berlin	5,0	13,2	-4,5	9,9	73,8
Brandenburg	2,6	16,8	-3,6	8,0	85,0
Bremen	5,4	12,3	-6,1	8,5	79,4
Hamburg	3,0	10,0	-3,9	7,0	77,6
Hessen	5,8	12,0	-4,8	6,7	79,4
Mecklenburg-Vorpommern	5,2	9,7	-4,0	7,0	79,4
Niedersachsen	5,2	11,5	-5,4	10,0	74,8
Nordrhein-Westfalen	4,2	11,0	-3,4	5,6	85,0
Rheinland-Pfalz	3,9	10,0	-3,5	6,0	83,2
Saarland	7,4	12,0	-8,5	9,2	72,0
Sachsen	2,8	14,4	-4,5	8,6	88,8
Sachsen-Anhalt	2,9	7,2	-4,2	5,7	76,6
Schleswig-Holstein	3,8	10,9	-3,5	6,7	85,0
Thüringen	4,2	10,6	-5,3	9,0	81,3

Anmerkung: Ein Aufschwung definiert die Periode zwischen einem Tiefpunkt und dem sich anschließenden Hochpunkt. Ein Abschwung ist die Periode zwischen einem Hochpunkt und dem sich anschließenden Tiefpunkt. Die Dauer misst die durchschnittliche Anzahl an Quartalen in einem Auf- oder Abschwung. Die Amplitude misst die durchschnittliche Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts im Auf- oder Abschwung. Der bundeslandspezifische Konkordanzindex zu Deutschland ist in der letzten Spalte dargestellt.

Quelle: Lehmann und Wikman (2023).

© ifo Institut

(5,7%) und Hessen (6,7%) weisen insgesamt die geringsten Amplituden im Aufschwung auf.

Die Überlappung mit dem Konjunkturzyklus von Deutschland ist am stärksten für Bayern (94,4), Baden-Württemberg (90,7) und Sachsen (88,8), wie der Konkordanzindex in der letzten Spalte von Tabelle 2 zeigt. Besonders für die ersten beiden Bundesländer dürfte deren ökonomisches Gewicht entscheidend für das Ergebnis sein. Die geringste Überlappung mit dem deutschen Konjunkturzyklus findet sich für Niedersachsen (74,8), Berlin (73,8) und das Saarland (72,0). Vor allem für Berlin dürfte die starke Spezialisierung auf Dienstleistungen sowie die starke Präsenz öffentlicher Institutionen entscheidend sein, da diese ggf. anderen Regularitäten folgen als bspw. Unterschieden im Auslastungsgrad der regionalen Wirtschaft.

Schlussendlich kann festgehalten werden, dass insbesondere wirtschaftsstrukturelle Unterschiede zwischen den Bundesländern maßgeblich für die Heterogenität der bundeslandspezifischen Konjunkturzyklen sein dürften. Zukünftige Studien könnten sich diesem Thema noch detaillierter widmen und der Frage nachgehen, was konkret die Unterschiede zwischen den Bundesländern insgesamt erklärt. So ist es bspw. denkbar, dass wirtschaftliche Verflechtungen zwischen den Bundesländern zu mehr Synchronität der regionalen Konjunkturzyklen führen.

Infobox 1: Datierungsalgorithmus für die regionalen Konjunkturzyklen

Zur Datierung der bundeslandspezifischen Konjunkturzyklen greifen wir auf den weit verbreiteten monatlichen Ansatz nach Bry und Boschan (1971) zurück, welcher von Harding und Pagan (2002) für Quartalsdaten angepasst wurde. Der Bry-Boschan-Algorithmus (nachfolgend: BBQ-Algorithmus für Quartalsdaten) ist ein nicht-parametrischer Datierungsalgorithmus, der sich durch seine Einfachheit sowie seine maximale Transparenz für Außenstehende auszeichnet. Mittels des BBQ-Algorithmus werden so genannte klassische Konjunkturzyklen datiert.⁴ Bei dieser Art von Zyklus wird das Level einer Zeitreihe betrachtet, d. h. Konjunkturaktivität bezeichnet die Schwankung in der wirtschaftlichen Leistung um einen unbekanntem Trend. In unserem Fall werden die Levels der Zeitreihen erzeugt, indem der Wert des ersten Quartals 1995 auf 100 gesetzt und anschließend mit den vierteljährlichen Verlaufsraten der Bundesländer aus Lehmann und Wikman (2023) multipliziert wird.

Der BBQ-Algorithmus unterscheidet zwei konjunkturelle Phasen voneinander: Aufschwung und Abschwung. Beide Phasen wechseln sich hintereinander ab und folgen zuvor festgelegten Kriterien. Der Aufschwung umfasst Perioden mit zunehmender Wirtschaftsaktivität, während im Abschwung die gesamtwirtschaftliche Leistung abnimmt. Beide Phasen sind verbunden durch so genannte lokale Hoch- bzw. Tiefpunkte (Boom bzw. Rezession) der Wirtschaftsaktivität, d. h. auf den Abschwung folgt der Tiefpunkt und auf den Aufschwung folgt der Hochpunkt. Ein kompletter Konjunkturzyklus bezeichnet die Zeitperiode, in welcher jede Phase einmal durchlaufen ist. Die lokalen Hoch- und Tiefpunkte sind wie folgt definiert:

$$H_t = (Y_{t-k}, \dots, Y_{t-1}) < Y_t > (Y_{t+1}, \dots, Y_{t+k}),$$

$$T_t = (Y_{t-k}, \dots, Y_{t-1}) > Y_t < (Y_{t+1}, \dots, Y_{t+k}).$$

Ein Hochpunkt H_t in einem Quartal ist dann erreicht, wenn die wirtschaftliche Leistung zu diesem Zeitpunkt (Y_t) größer ausfällt als die wirtschaftliche Leistung k Quartale vor und nach diesem Zeitpunkt. Für den Tiefpunkt T_t gilt genau das Gegenteil: die wirtschaftliche Leistung k Quartale vor oder nach dem Zeitpunkt muss jeweils höher ausfallen. Mit diesen Bedingungen werden drei zentrale Kriterien für einen Zyklus erreicht. Erstens sollte der Algorithmus eine Minimalanzahl von Hoch- und Tiefpunkten identifizieren. Zweitens sollten sich Hoch- und Tiefpunkte voneinander unterscheiden und über die Zeit variieren. Drittens sollten die Phasen ein paar wenige Mindestansprüche für einen Zyklus erfüllen. In unserem Falle nehmen wir die Standardwerte aus der Literatur. Hoch- und Tiefpunkte trennen mindestens $k=2$ Quartale voneinander und ein kompletter Konjunkturzyklus dauert mindestens fünf aufeinanderfolgende Quartale. Mit diesen Kriterien können nachfolgend die bundeslandspezifischen Konjunkturzyklen datiert werden.

Zusätzlich kann die vollständige Zyklendatierung dazu verwendet werden, um der Frage nachzugehen, wie stark sich die Zyklen zwischen Regionen überlappen. Für diese Feststellung wird der so genannte Konkordanzindex ($KI_{i,j}$) zwischen den beiden Regionen i und j von Harding und Pagan (2002) verwendet:

$$KI_{i,j} = \frac{1}{T} \sum_{t=1}^T [AUF_{i,t} AUF_{j,t} + (1 - AUF_{i,t})(1 - AUF_{j,t})].$$

Im Kern gibt der Konkordanzindex den Anteil an allen Zeitpunkten an, wenn beide Regionen in der gleichen Phase des Konjunkturzyklus sind. Befindet sich Region i im Quartal t im Aufschwung, dann gilt: $AUF_{i,t} = 1$. Analog dazu kann der Aufschwung für Region j kodiert werden: $AUF_{j,t} = 1$. Da der BBQ-Algorithmus nur Auf- und Abschwünge definiert, werden die Abschwünge jeweils mit dem Wert Null versehen. Insgesamt kann der Konkordanzindex nur Werte zwischen Null und Einhundert annehmen. Bei einem Wert von Einhundert kommt es zu einer perfekten Überlappung der Konjunkturzyklen der beiden Regionen, d. h. beide Regionen sind zu jedem Zeitpunkt entweder gleichermaßen im Auf- oder Abschwung. Bei einem Wert von Null kommt es zu keiner Überlappung der Phasen, d. h. wenn Region i im Aufschwung ist, befindet sich Region j im Abschwung (oder umgekehrt).

FAZIT

Bislang konnten konjunkturelle Analysen für die Bundesländer aufgrund fehlender Daten nur unzureichend durchgeführt werden. Auf Grundlage neuer Daten zum vierteljährlichen Wirtschaftswachstum der 16 Bundesländer sind solche Analysen nun möglich. Unser Aufsatz findet drei zentrale Erkenntnisse. Erstens unterscheiden sich die Dauern der Auf- und Abschwünge erheblich zwischen den Bundesländern. Zweitens fällt die prozentuale Veränderung der Höhe (Tiefe) des Aufschwungs (Abschwungs) sehr heterogen aus. Drittens variiert die Überlappung der bundeslandspezifischen Konjunkturzyklen mit jenem für Gesamtdeutschland deutlich. Damit können

wir zeigen, dass die zyklische Aktivität der regionalen Wirtschaftsleistung erheblichen Unterschieden unterliegt. Dieses Ergebnis könnte ggf. interessant für die bestehenden Regelungen zu den bundeslandspezifischen Schuldenbremsen sein. In allen Landesverfassungen finden sich Passagen, welche die Kreditaufnahme der Bundesländer und etwaige Ausnahmen regeln. Hierbei wird zumeist auf die konjunkturellen Abweichungen von der Normallage verwiesen, jedoch zumeist ohne etwaige Konkretisierung welcher Indikator hierfür zurate gezogen werden soll. Laut unseren Ergebnissen sind das gesamtdeutsche Wirtschaftswachstum bzw. dessen konjunkturelle Ausschläge nicht immer ein guter Ratgeber und es sollte eher auf bundeslandspezifische Entwicklungen abgestellt werden.

LITERATUR

Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder (Hrsg.) (2022), Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2021, Berechnungsstand: November 2021 / Februar 2022, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Stuttgart.

Bry, G. und C. Boschan (1971), *Cyclical Analysis of Time Series: Selected Procedures and Computer Programs*, National Bureau of Economic Research, New York.

Döhrn, R. (2021), „Konjunktur der Bundesländer: Große Unterschiede, aber wenig aussagefähige Daten“, *Wirtschaftsdienst* 101 (5), S. 358-361.

Ferreira-Lopes, A. und T. N. Sequeira (2011), „Business Cycles in Reunified Germany: Close Together or Further Apart?“, *Review of Urban & Regional Development Studies* 23 (2-3), S. 94-113.

Gießler, S., Heinisch, K. und O. Holtemöller (2021), „(Since When) Are East and West German Business Cycles Synchronised?“, *Journal of Economics and Statistics* 241 (1), S. 1-28.

Harding, D. und A. Pagan (2002), „Dissecting the Cycle: a Methodological Investigation“, *Journal of Monetary Economics* 49 (2), S. 365-381.

Lehmann, R. und I. Wikman (2023), *Quarterly GDP Estimates for the German States: New Data for Business Cycle Analyses and Long-Run Dynamics*, CESifo Working Paper No. 10 280.

Mariano, R. S. und Y. Murasawa (2003), „A New Coincident Index of Business Cycles Based on Monthly and Quarterly Series“, *Journal of Applied Econometrics* 18 (4), S. 427-443.

Ragnitz, J. (2019), „Thirty Years after the Berlin Wall Came Down: Economic Transition Completed, but Structural Deficit Remain“, *ifo DICE Report* 17 (3), S. 22-27.

Schirwitz, B., Seiler, C. und K. Wohlrabe (2009a), „Regionale Konjunkturzyklen in Deutschland – Teil I: Die Datenlage“, *ifo Schnelldienst* 62 (13), S. 18-24.

Schirwitz, B., Seiler, C. und K. Wohlrabe (2009b), „Regionale Konjunkturzyklen in Deutschland – Teil II: Die Zyklendatierung“, *ifo Schnelldienst* 62 (14), S. 24-31.

Schirwitz, B., Seiler, C. und K. Wohlrabe (2009c), „Regionale Konjunkturzyklen in Deutschland – Teil III: Konvergenz“, *ifo Schnelldienst* 62 (15), S. 23-32.

Schorfheide, F. und D. Song (2015), „Real-time Forecasting With a Mixed-Frequency VAR“, *Journal of Business and Economic Statistics* 33 (3), S. 366-380.

- 1 Neben der eingeschränkten Datenverfügbarkeit spielen auch deren Revisionen eine zentrale Rolle für die Analysen, bspw. bei der Diskussion um Länderrankings im Wirtschaftswachstum (vgl. Döhrn 2021).
- 2 Der Arbeitskreis VGR der Länder veröffentlicht jeweils im September eines Jahres Angaben zum Wirtschaftswachstum für das entsprechende erste Halbjahr. Diese Angaben werden jedoch nachträglich nicht mehr revidiert und sind daher grundsätzlich nicht mit den offiziellen Jahresangaben vergleichbar.
- 3 Diese Bedingung hält insbesondere unter Verwendung von Log-Differenzen. Für das Jahr $t=2022$ ist die deutsche Wirtschaft laut aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamts um 1,79% expandiert (Jahresdurchschnitt, preisbereinigte Ursprungswerte). Für das vierte Quartal 2022 ($t = Q4|2022$) stellt sich die gewichtete Aggregationsvorschrift wie folgt dar:

$$y_{2022}^{DEU,I} \approx \frac{1}{4} y_{Q4|2022}^{DEU} + \frac{1}{2} y_{Q3|2022}^{DEU} + \frac{3}{4} y_{Q2|2022}^{DEU} + y_{Q1|2022}^{DEU} + \frac{3}{4} y_{Q4|2021}^{DEU} + \frac{1}{2} y_{Q3|2021}^{DEU} + \frac{1}{4} y_{Q2|2021}^{DEU}$$
 Durch Einsetzen der Verlaufsdaten für das deutsche BIP ergibt sich:

$$1,79\% \approx 0,25 * (-0,44) + 0,5 * (0,47) + 0,75 * (0,10) + 0,79 + 0,75 * (-0,03) + 0,5 * (0,78) + 0,25 * (1,91) = 1,77\%$$
- 4 Vom klassischen Konjunkturzyklus ist der so genannte Wachstumszyklus zu differenzieren. Dieser unterscheidet sich vom klassischen Konjunkturzyklus in der Hinsicht, dass die Auslastung der wirtschaftlichen Aktivität als Maß für die zyklische Aktivität herangezogen wird. Der Wachstumszyklus entspricht daher der prozentualen Abweichung der beobachteten wirtschaftlichen Aktivität von der potenziellen Aktivität, dem so genannten Produktionspotenzial bzw. dem Wachstumstrend. Da die Filterung des unbeobachtbaren Trends in der Literatur kontrovers diskutiert wird und verschiedene Methoden zu unterschiedlichen Ergebnissen führen können, wird sich in diesem Aufsatz ausschließlich auf den klassischen Konjunkturzyklus konzentriert.

Albert Landsberger*

Die aktuelle Energiekrise im Kontext der Ölpreiskrise der 1970er Jahre

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat für große politische und wirtschaftliche Unsicherheit in Deutschland gesorgt. Mit verantwortlich für die Unsicherheit waren die stark gestiegenen Energiepreise und die unklare Versorgungslage. Die aktuelle Krise ist jedoch nicht das erste Mal, dass sich Deutschland mit stark steigenden Energiepreisen konfrontiert sieht. Die zwei Ölpreiskrisen der 1970er Jahre weisen viele Ähnlichkeiten mit der aktuellen Situation auf. Ein Blick auf die damaligen Maßnahmen und Folgen kann dabei helfen, die aktuelle Situation einzuordnen. Dennoch gilt, wie bei jedem historischen Vergleich, ihn nicht zu überstrapazieren.

HISTORISCHER KONTEXT

Ähnlich wie heute war auch in den 1970er Jahren eine kriegerische Auseinandersetzung Ursache für die erste Ölpreiskrise. Israel wurde, während des Jom-Kippur-Krieges 1973, durch die westlichen Industriestaaten unterstützt. Als Reaktion hierauf verständigten sich die Mitgliedsländer der OAEPC (Organization of Arabian Petroleum Exporting Countries) im Oktober 1973 auf einen begrenzten Lieferboykott und eine Reduktion der Fördermenge um monatlich 5%. Zwei Drittel der deutschen Ölimporte kamen zu diesem Zeitpunkt aus arabischen Ländern. Ähnlich wie heute war also die Abhängigkeit groß. Die Folge der künstlichen Verknappung war ein unmittelbarer Anstieg des Einfuhrpreises für Rohöl auf mehr als das Dreifache (Börsch-Supan und Schnabel 1998). Vor Beginn des Krieges in der Ukraine, im Januar 2022 betrug der Gaspreis je Megawattstunde durchschnittlich etwa 85 €. Seinen Höchststand erreichte er im August 2022 mit durchschnittlich 240 € je Megawattstunde. Ähnlich wie in den 1970er Jahren hat sich der Preis also in sehr kurzer Zeit verdreifacht. Die rasche Verdreifachung der Preise dieser wichtigen Rohstoffe stellte damals wie heute einen extremen Schock für die Wirtschaft dar.

Die zweite Ölpreiskrise Ende der 1970er Jahre wurde durch die Islamische Revolution im Iran im Jahr 1979 und den nachfolgenden ersten Golfkrieg zwischen dem Iran und dem Irak ausgelöst. Dieser Konflikt zwischen zwei Ölförderländern ließ die Preise erneut ansteigen. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des Ölpreises in Dollar pro Barrel zwischen 1973 und 1980. 1973 verdreifachte sich dieser von 5 \$ je Barrel auf 15 \$. Zwar sank er kurz darauf wieder leicht, kehrte jedoch niemals zum ursprünglichen Niveau zurück. In der zweiten Krise verdoppelte sich der Preis noch einmal von 15 \$ je Barrel auf über 40 \$ auf dem Höhepunkt. Wie zu erwarten hatte der Anstieg der Preise auch einen Rückgang der Erdölimporte nach Deutschland zur Folge. Abbildung 2 zeigt die Entwicklung der Rohölimporte nach Deutschland. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten sie 1973, da die Preise erst gegen Ende des Jahres drastisch anstiegen. Der zu erwartende Rückgang der importierten Menge Rohöl ist 1974 deutlich zu erkennen.

Bei den steigenden Energiekosten enden jedoch bereits die Gemeinsamkeiten der Auswirkungen der Konflikte aus den 1970er Jahren und des aktuellen Krieges in der Ukraine. Anders als damals spielt sich der aktuelle Konflikt auf europäischem Boden ab und hat somit drastische sicherheitspolitische Implikationen für Deutschland. Zudem gab es als Folge der Krisen in den 1970er Jahren keine enormen Flüchtlingsströme nach Deutschland, noch waren die beteiligten Parteien, abseits der Öllieferungen, wichtige Handelspartner für Deutschland.

Zu guter Letzt unterscheiden sich auch die Güter Gas und Öl deutlich voneinander. Erdöl kann auf Tankern relativ einfach über den ganzen Planeten transportiert werden. Somit können die üblichen Marktmechanismen greifen. Zwar stiegen in den 1970er Jahren die Ölpreise, ein Versiegen des Ölflusses nach Deutschland musste jedoch zu keinem Zeitpunkt befürchtet werden. Das zuvor von der OAEPC gelieferte Öl konnte einfach durch Öl aus anderen Regionen der Welt substituiert werden. Die notwendige Infrastruktur für den Transport von Erdgas, in Form von Pipelines oder LNG-Terminals, macht eine kurzfristige Umstellung der Gaslieferungen sehr teuer oder gar unmöglich. Folglich stellt die aktuelle Krise die deutsche Regierung vor größere Herausforderungen als die damaligen Krisen.

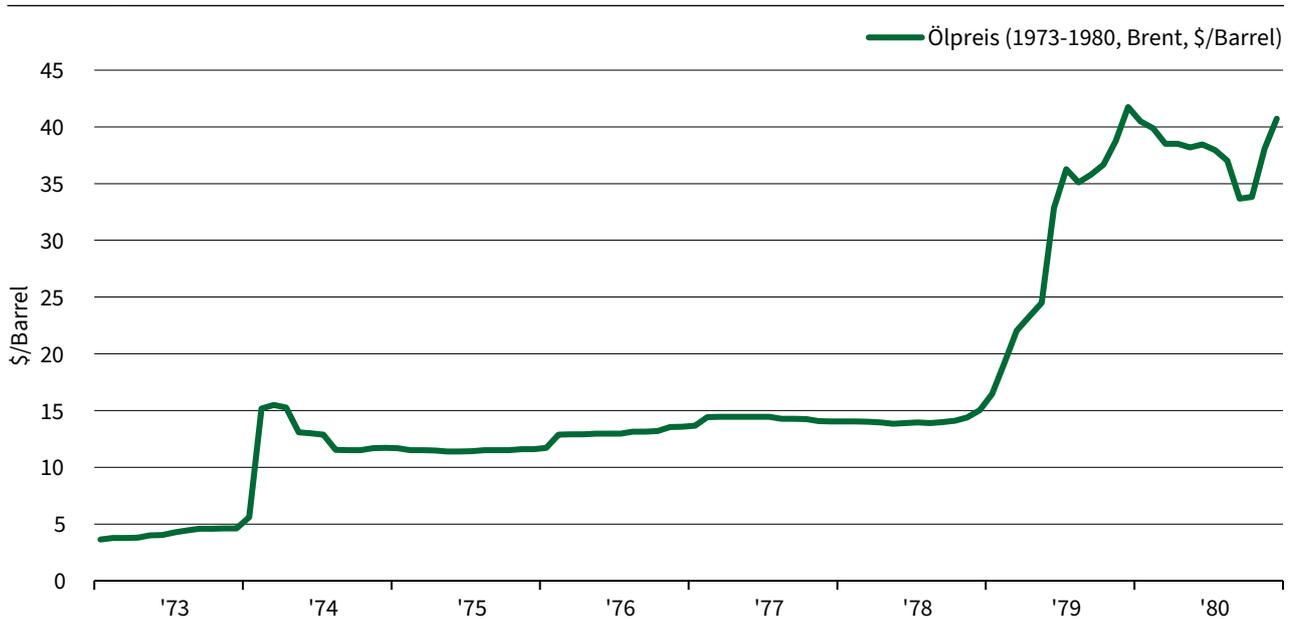
WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG WÄHREND DER KRISEN

Doch wie hat sich diese Krise auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands ausgewirkt? Ein Indikator für die wirtschaftliche Lage ist die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Abbildung 3 zeigt die Wachstumsraten des deutschen BIP ab Anfang der 1970er Jahre. Es ist deutlich zu sehen, dass die zwei Öl Krisen sich unmittelbar negativ auf das BIP-Wachstum ausgewirkt haben. Zu einer Rezession kam es jeweils jedoch nur mit einiger Verzögerung. Der ersten Ölpreiskrise folgte erst zwei Jahre später im Jahr 1975 eine Rezession. Das BIP ging in diesem Jahr um 0,9% zurück. Mitte dieses Jahres wurde

* Albert Landsberger ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abb. 1

Entwicklung des Ölpreises 1973 bis 1980



Quelle: Thomson Reuters.

© ifo Institut

ebenfalls das größte Konjunkturprogramm zu ihrer Bekämpfung verabschiedet. Zu diesem Zeitpunkt war die Rezession jedoch bereits überstanden und somit der Zweck des Konjunkturprogramms entfallen.

Auch der zweiten Ölpreiskrise folgte eine, kleinere (-0,5%), Rezession erst mit drei Jahren Verzögerung. Die große zeitliche Verzögerung, mit der die Rezessionen einsetzten, macht es schwierig, sie alleine auf die Ölpreiskrisen zurückzuführen. Ebenso gut könnten die politischen Reaktionen – wie die restriktive Geldpolitik der Bundesbank – dafür ursächlich gewesen sein.

Bei der Betrachtung der historischen Wirtschaftsentwicklung wird zudem deutlich, dass die den Ölpreiskrisen folgenden Rezessionen kein extremes Ausmaß hatten und zudem nicht über einen längeren Zeitraum anhielten. Die globale Finanzkrise sowie die Coronakrise hatten dagegen ein weitaus größeres Ausmaß.

Das legt die Vermutung nahe, dass auch die aktuelle Krise nur einen kurzfristigen Schock darstellt, solange die Versorgung mit Gas durch neue Pipelines oder LNG-Terminals in Zukunft weiterhin gewährleistet ist.

Abb. 2

Entwicklung der Rohölimporte nach Deutschland 1970 bis 1980

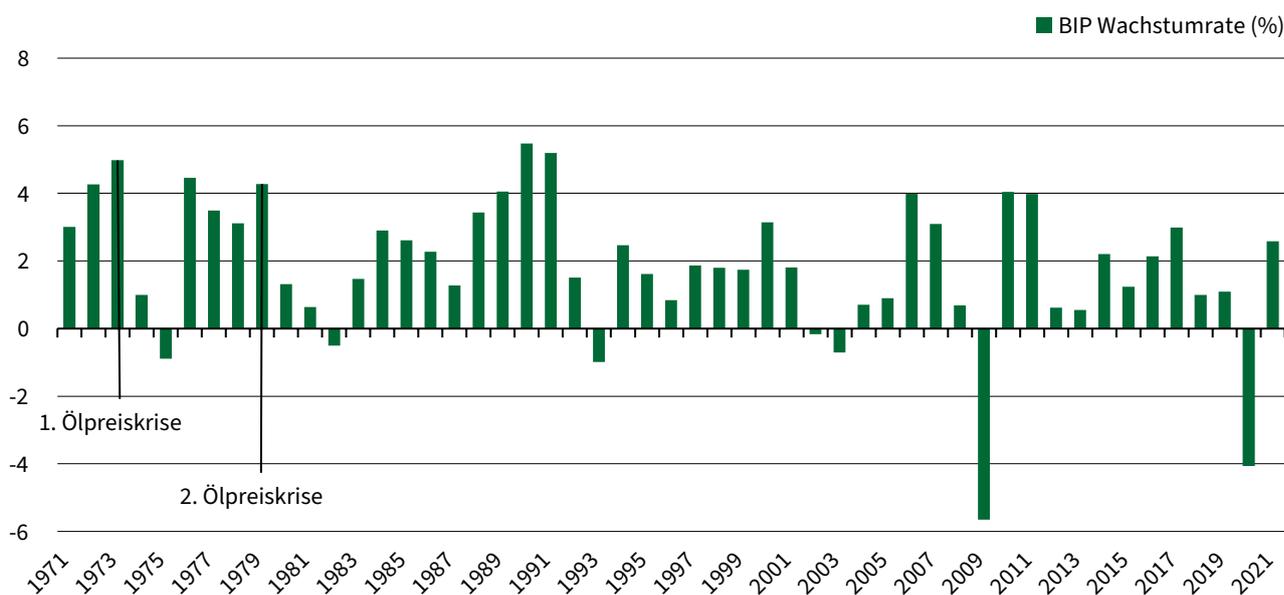


Quelle: Statistisches Bundesamt.

© ifo Institut

Abb. 3

Entwicklung des deutschen Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© ifo Institut

REAKTION DER POLITIK

Die stark gestiegenen Ölpreise zwangen die Politik auch damals schon zu reagieren. „Nicht jeder wird seinen Arbeitsplatz behalten können. Wir wollen gemeinsam mit der Wirtschaft alle Anstrengungen unternehmen, damit jeder einen Arbeitsplatz hat.“ Mit dieser Äußerung machte Willy Brandt im November 1973 deutlich, welche Richtung politisch eingeschlagen werden sollte. Notwendigen strukturellen Veränderungen sollte nicht im Weg gestanden werden, aber Unterstützung der Politik wurde zugesagt. Daraus ergab sich, dass expansive finanzielle Maßnahmen von staatlicher Seite nicht flächendeckend, sondern nur zur Stützung bestimmter Branchen und Regionen vorgesehen waren (Börsch-Supan und Schnabel 1998).

Die wohl bekannteste staatliche Maßnahme waren die drei autofreien Sonntage. Sie wurden gemeinsam mit einer Geschwindigkeitsbeschränkung im November 1973 eingeführt. Ziel war es, den Ölverbrauch zu verringern. Zu diesen mehr symbolischen Maßnahmen kam im Februar 1974 das sogenannte „Sonderprogramm für Gebiete mit speziellen Strukturproblemen“ in Höhe von 900 Mill. DM hinzu. Das Programm sollte gezielt Gebieten mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit zugutekommen. Kurz darauf wurden die Mittel des Programms einmalig um weitere 950 Mill. DM erhöht.

Zusätzlich wurde im Dezember 1974 ein weiteres Programm beschlossen. Das „Konjunkturprogramm zur Förderung von Beschäftigung und Wachstum bei Stabilität“ betrug insgesamt 1,73 Mrd. DM. Es sollte die Binnennachfrage, die Arbeitsmarktlage und das Wirtschaftswachstum im Folgejahr stützen. Der Großteil dieser Summe (1,13 Mrd. DM) wurde als zusätzliche Investition des Bundes in den Bereichen Energieversorgung und Bauwirtschaft verwendet. Die restlichen 600 Mill. DM waren hauptsächlich für Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber bei Einstellung von Arbeitslosen vorgesehen. Sie beinhalteten aber auch eine „Mobilitätszulage“ für Langzeitarbeitslose,

wenn diese eine neue Tätigkeit aufnehmen (Bundesarchiv 2023). Ebenfalls im Dezember 1974 wurde eine 7,5-prozentige Investitionszulage bis Juni 1975 gewährt.

Das mit Abstand größte Programm wurde im August 1975 auf den Weg gebracht. Das „Konjunkturprogramm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen“ betrug 5,75 Mrd. DM. Davon entfielen u. a. 2,45 Mrd. DM auf kommunale Infrastruktur und Stadtsanierung, 1,2 Mrd. DM auf bundeseigene Investitionen und 700 Mill. DM auf Wohnungsmodernisierung (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1975).

Der zweiten Ölpreiskrise wurde hingegen mit keinen gezielten Unterstützungsprogrammen entgegengetreten. Tatsächlich zerbrach die Koalition aus SPD und FDP im September 1982 an der Frage, wie mit der schlechten wirtschaftlichen Lage, zu der auch die zweite Ölpreiskrise beigetragen hatte, umgegangen werden sollte. Die neue Regierung Kohl legte den Fokus auf Einsparungen bei gesetzlichen Leistungen, um gleichzeitig Investitionen zu fördern. Zu diesem Zweck wurde das „Gesetz zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts“ beschlossen. Dieses Gesetz zielte jedoch nicht speziell auf die Bekämpfung der Ölpreiskrise ab, sondern sollte die gesamtwirtschaftliche Situation der Bundesrepublik verbessern (Bundesregierung 1982).

VERGLEICH DER KRISEN

Betrachtet man die politischen Reaktionen auf die damalige und heutige Energiekrise, wird deutlich, dass die Politik in den 1970er Jahren fiskalisch zurückhaltender reagiert hat. Die Reaktion damals hinsichtlich der fiskalischen Mittel war sehr begrenzt. Das 1,73 Mrd. DM schwere Konjunkturprogramm vom Dezember 1974 betrug gerade einmal 0,17% des damaligen BIP. Insgesamt beliefen sich die Ausgaben im Jahr 1974 auf lediglich 0,35% des BIP. Auch das deutlich größere Programm

von 1975 machte in diesem Jahr gerade einmal 0,5% des BIP aus. Selbst wenn man die Ausgaben der Jahre 1974 und 1975 kombinieren würde, entspräche dies im Jahr 2022 ca. 34 Mrd. Euro und somit bedeutend weniger als allein die 200 Mrd. Euro, die die Bundesregierung für den „Abweherschirm“ angesetzt hat (Bundesregierung 2022). Diese eher zurückhaltende fiskalische Reaktion war auf die bereits vor der Ölpreiskrise deutlich gestiegene Inflation zurückzuführen. Bereits in den Jahren 1971 und 1972 lag die Inflationsrate bei über 5% und 1973 bereits bei 7,1%¹. Dieser Umstand spielte beim Design der Maßnahmen eine explizite Rolle. Die Stabilisierung der Preise war für Bundeskanzler Schmidt von entscheidender Bedeutung (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1974). Dennoch hielt die hohe Inflation auch in den Folgejahren weiter an.

Die Ausgangslage in der aktuellen Krise stellte sich anders dar. Die Corona-Pandemie war noch nicht gänzlich überwunden. Die mit ihr einhergehende, massive Rezession (vgl. Abb. 3) wurde mit stark expansiven Mitteln von Seiten des Staates bekämpft und dennoch hielt sich die Inflation in Grenzen. Zwar stieg sie bereits seit August 2021 an, dennoch wurde allgemein davon ausgegangen, es handele sich um kurzfristige Inflation (transitory inflation). Die Gefahr einer anhaltend hohen Inflation war im öffentlichen Diskurs wenig präsent. Zusätzlich entstand durch die Milliardenhilfen während der Corona-Pandemie eine gewisse Erwartungshaltung gegenüber der Politik, auch in dieser Krise wieder mit fiskalischen Mitteln einzugreifen. In diesem Klima verwundert es nicht, dass bereits die anfänglichen Hilfen des Staates einen bedeutend größeren Umfang hatten als es 1974/1975 der Fall war.

Anders als in den 1970er Jahren entschied sich die Politik, im Verlauf der Krise zudem die Bürger*innen aktiv von der anhaltend hohen Inflation zu entlasten. Damals waren die Maßnahmen kaum auf eine Absicherung der Haushalte vor Kaufkraftverlusten ausgerichtet. Lediglich die einmalige Mobilitätszulage für Arbeitslose hatte eine solche distributive Komponente, sollte sie aber wohl auch dazu motivieren, weiter entfernte Arbeitsplätze anzunehmen. Im Wesentlichen zielten damals die Maßnahmen darauf ab, Investitionen vorzuziehen oder anzuregen, um so den Strukturwandel zu beschleunigen.

FAZIT

Auf den ersten Blick bietet sich ein Vergleich der Ölpreiskrisen der 1970er Jahre mit der aktuellen Energiepreiskrise ausge-

löst durch den Angriff auf die Ukraine an. Der stark steigende Preis für Energie und die daraus resultierende Inflation sind eindeutige Gemeinsamkeiten. Ebenso, dass jeweils kriegerische Auseinandersetzungen Auslöser der Krisen waren.

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf Deutschland gehen jedoch bedeutend weiter als die der Konflikte in den 1970ern. Somit stellt die aktuelle Krise die deutsche Regierung vor eine ungleich größere Herausforderung. Deswegen unterscheiden sich auch die politischen Maßnahmen deutlich in ihrer Art und ihrem Umfang. Der bedeutendste Unterschied ist, dass in der aktuellen Krise die Hilfen an private Haushalte deutlich größer ausfallen als es zur Zeit der Ölpreiskrisen der Fall war. Jedoch ist auch hier der historische Kontext zu beachten. Auf der einen Seite gingen den Ölpreiskrisen der 1970er bereits mehrere Jahre mit hoher Inflation voraus, was die Ausgabenbereitschaft der damaligen Regierung minderte. Auf der anderen Seite schließt sich die aktuelle Krise nahtlos an die Corona-Pandemie an, in der der Staat mit massiven Unterstützungen eingriff und die Inflation dennoch moderat blieb.

QUELLEN

Bundesarchive (Hrsg.) (2023), Kabinettsprotokolle 1974: Energie- und Wirtschaftspolitik, Download unter https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1974k/kap1_1/para2_3.html#goTop, abgerufen am 24. Februar 2023.

Bundesregierung (Hrsg.) (1982), Entwurf eines Gesetzes zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts, Gesetzentwurf der Bundesregierung, Bonn.

Bundesregierung (Hrsg.) (2022): Abweherschirm über 200 Milliarden Euro, Download unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/abweherschirm-2130944>, abgerufen am 24. Februar 2023.

Börsch-Supan, A. und R. Schnabel (1998), Volkswirtschaft in fünfzehn Fällen: Studien in angewandter Mikro- und Makroökonomie, Gabler.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (1974), Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag, Bonn, 18. Mai 1974.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.) (1975), Vor dem Aufschwung. Jahresgutachten 1975/76, Bundestag, Bonn.

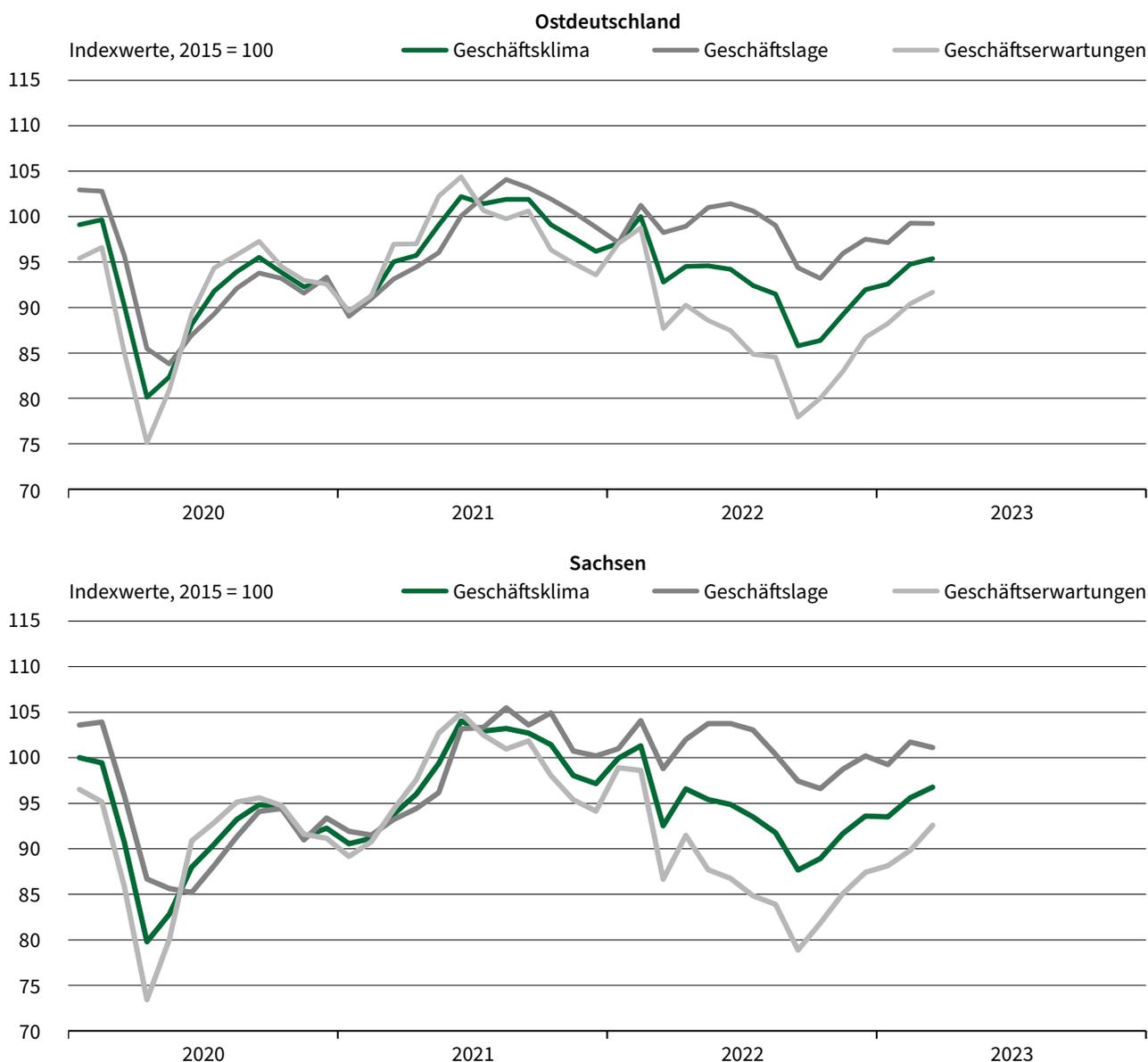
1 Diese Zahlen beruhen auf dem „Preisindex für die Lebenshaltung“ der bis 1999 erhoben wurde und sich in der Berechnung vom aktuellen „Verbraucherpreisindex“ unterscheidet. Somit ist ein direkter Vergleich mit heutigen Zahlen nur bedingt möglich.

Niels Gillmann und Ernst Glöckner*

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen

Das ifo Geschäftsklima Ostdeutschland basiert auf ca. 1 700 monatlichen Meldungen von Unternehmen, von denen ca. 500 aus Sachsen stammen. Die Befragungsteilnehmer*innen kommen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Dienstleistungssektor, dem Handel und dem Bauhauptgewerbe. Die Unternehmen werden gebeten, ihre gegenwärtige Geschäftslage zu beurteilen und ihre Erwartungen für die nächsten sechs Monate mitzuteilen.

Abb. 1
ifo Geschäftsklima Ostdeutschland und Sachsen (2015 = 100, saisonbereinigt)



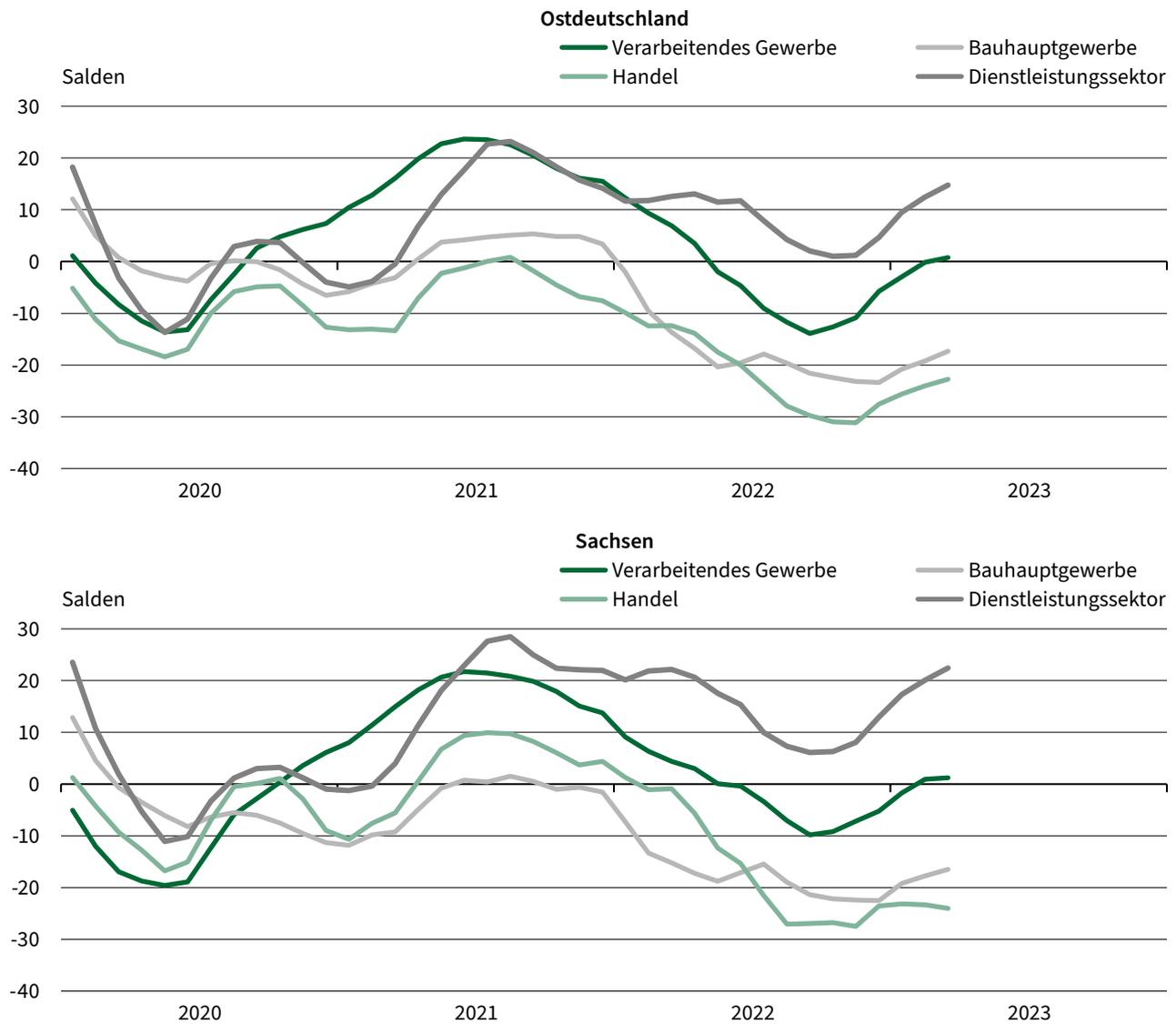
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, März 2023.

© ifo Institut

* Niels Gillmann und Ernst Glöckner sind Doktoranden an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung München an der Universität München e. V.

Abb. 2

ifo Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen (Salden, saisonbereinigt und geglättet)

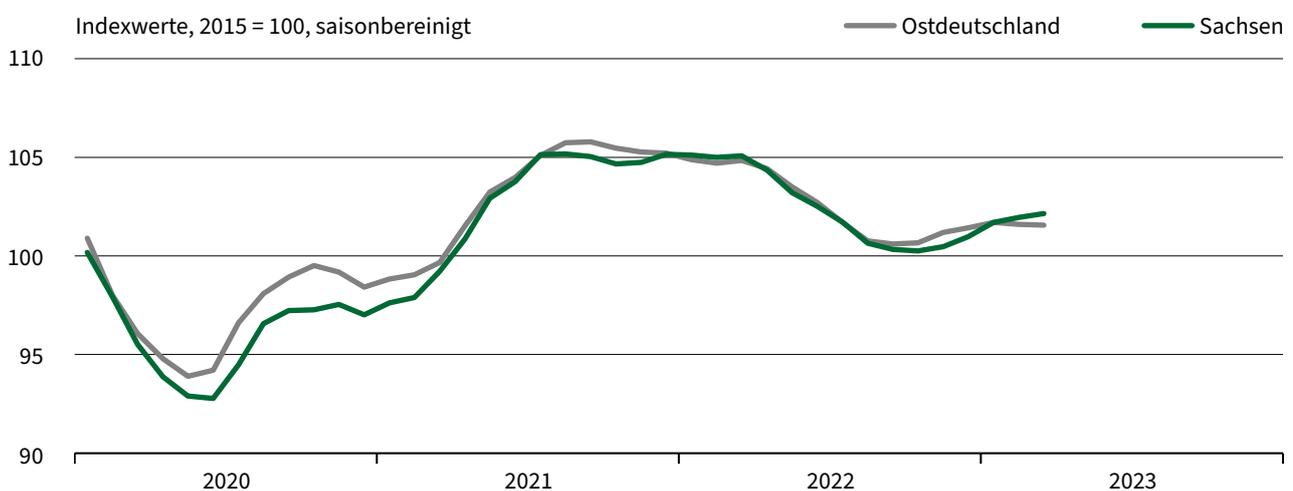


Quelle: ifo Konjunkturumfragen, März 2023.

© ifo Institut

Abb. 3

ifo Beschäftigungserwartungen (Salden, saisonbereinigt und geglättet)



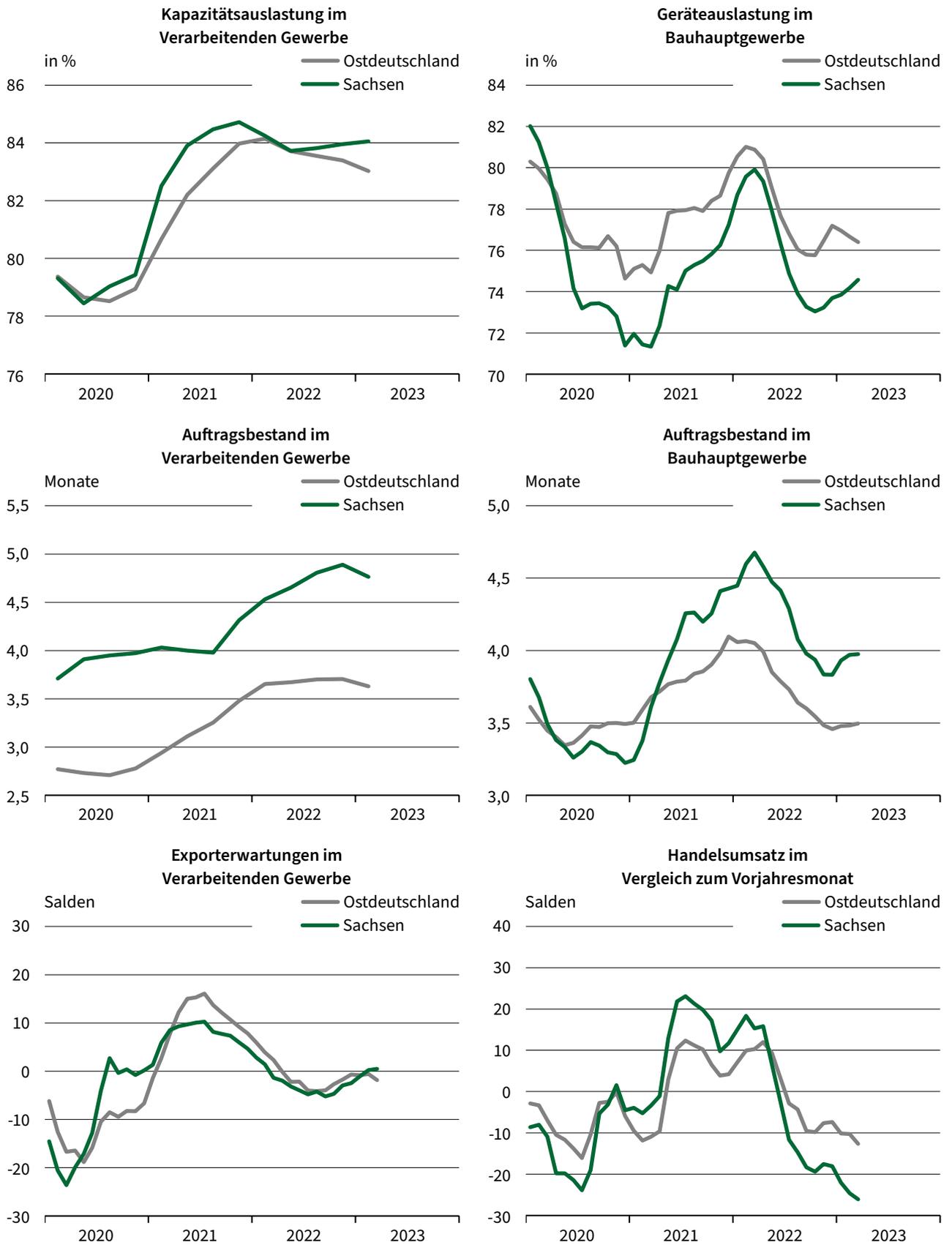
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, März 2023.

© ifo Institut

Abb. 4

Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest für Ostdeutschland und Sachsen

Saisonbereinigt (außer Handelsumsätze) und geglättet



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, März 2023.

© ifo Institut

ifo Veranstaltungen

In den Räumen der ifo Niederlassung Dresden findet am **13./14. April 2023** der **ifo Dresden Workshop on Macroeconomics and International Finance** statt. Alle Interessierten waren herzlich eingeladen, ihre aktuellen Forschungsarbeiten zu den folgenden Themen einzureichen:

- Messung und Auswirkungen der wirtschaftlichen Unsicherheit,
- Spillover-Effekte wirtschaftlicher Unsicherheit,
- Wirtschaftliche Unsicherheit und der globale Finanzzyklus,
- Wirtschaftliche Unsicherheit und die Energiekrise,
- Rolle der Geldpolitik bei wirtschaftlicher Unsicherheit,
- Unsicherheit über die Verankerung der Inflationserwartungen.

Am **11./12. Mai 2023** veranstaltet die ifo Niederlassung Dresden den **12th ifo Dresden Workshop on Labor Economics and Social Policy**. Interessierte Wissenschaftler*innen sind herzlich eingeladen, ihre neuen Forschungsergebnisse zu folgenden

Themen vorzustellen:

- Migration and Integrationsmaßnahmen,
- Beschäftigung von Frauen,
- Öffentliches Gesundheitswesen.

ifo Dresden führt am **28./29. September 2023** außerdem den **13th ifo Dresden Workshop on Regional Economics** durch. Forschungsarbeiten können zu folgenden Themen eingereicht werden:

- Regional Structural Change,
- Development Economics,
- Economic History,
- Public Economics.

Weiterführende Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden (www.ifo.de/forschung/ifo-dresden) unter der Rubrik Veranstaltungen.

ifo Veröffentlichungen

Heisig, Katharina, Kröper, Marius und Tim Scheurer (2023), Faktoren von Familiengründung, Kinderlosigkeit und Kinderreichtum in Ostdeutschland, ifo Dresden Studie 89, ifo Institut München/Dresden, ISBN 978-3-95942-120-1, 130 S., 15 Euro.

Diese Studie fokussiert, welche subjektiven Faktoren Familiengründungen, Mehrkindfamilien und endgültige Kinderlosigkeit in Ostdeutschland beeinflussen. Dies untersuchen wir auf Basis des Familienpanels pairfam mit multivariaten Logit-Regressionsanalysen. Für alle Fragestellungen zeigt sich, dass die relative Wichtigkeit von Hobbies, Freunden und des Berufs der größte Einflussfaktor ist. Für die Wahrscheinlichkeit, eine Familie zu gründen, sind außerdem der Anteil der Personen mit Kindern im Freundes- und Bekanntenkreis relevant, und, allerdings nicht robust, die Lebenszufriedenheit und negative Erwartungen an Partnerschaften. Für die Wahrscheinlichkeit, mehr als zwei Kinder zu bekommen, sind eine größere Zustimmung zur Aussage, dass Kinder leiden, wenn sich Väter zu sehr auf ihre Arbeit konzentrieren, sowie in eingeschränktem Maße die ideale Kinderzahl und positive Erwartungen an Partnerschaften bedeutsam. Endgültige Kinderlosigkeit wird wiederum zusätzlich determiniert von dem Anteil der Personen

mit Kindern im Freundes- und Bekanntenkreis, der idealen Kinderzahl und den wahrgenommenen Kosten von Kindern.

Förtsch, Mona und Felix Rösel (2023), Sports Clubs and Populism: Quasi-Experimental Evidence from German Cities, CESifo Working Paper Nr. 10 259.

Heisig, Katharina (2023), The Long-Term Impact of Paid Parental Leave on Maternal Health and Subjective Well-Being, CESifo Working Paper No. 10 308.

Konrad, Kai A. und Marcel Thum (2023), „Elusive Effects of Export Embargoes for Fossil Energy Resources“, Energy Economics 117, 106 441.

Krahen, Jan Rocholl, Jörg und Marcel Thum (2023), „A Primer on Green Finance: From Wishful Thinking to Marginal Impact, Review of Economics“, im Druck.

Nitschke, Remo und Felix Rösel (2023), Elite Persistence and Policy Persistence: Re-Installed Mayors from Weimar Germany, CESifo Working Paper Nr. 10 251.

ifo Vorträge

Joachim Ragnitz, „Aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Sachsen“, Vortrag vor der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag, 29. März 2023, Dresden.

Joachim Ragnitz, „Die Soziale Marktwirtschaft und die Suche nach einem ‚fairen‘ Lohn“, Vortrag anlässlich einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung, 29. März 2023, online.

ifo in den Medien (Auswahl)

„Corona hemmte zunächst die Arbeitsplatzwechsel“, Niels Gillmann, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 20. Februar 2023.

„ifo: Lage normalisiert sich 2021 – Arbeitsmarkt von Pandemie kaum beeinflusst“, Niels Gillmann, 20. Februar 2023, vgl. www.n-tv.de.

„Sachsen ist nicht unbedingt attraktiv für Fachkräfte aus dem Ausland“, Joachim Ragnitz, Dresdner Neueste Nachrichten und Leipziger Volkszeitung, 20. Februar 2023, S. 7, vgl. www.lvz.de.

„Krisenland – Deutschland zwischen Angst und Aufbruch“, Joachim Ragnitz, ARD – das Erste, 24. Februar 2023, auch MDR, 1. März 2023, vgl. ARD Mediathek und www.mdr.de.

„Fachkräftemangel trifft den Osten härter als den Westen“, Joachim Ragnitz, MDR Aktuell, 27. Februar 2023, vgl. www.mdr.de.

„Fachkräftemangel mit höherer Produktivität bekämpfen“, Joachim Ragnitz, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 28. Februar 2023.

„ifo-Chef: Mit Digitalisierung dem Fachkräftemangel begegnen“, Joachim Ragnitz, 28. Februar 2023, vgl. www.handelsblatt.de, www.stern.de, www.sueddeutsche.de, www.welt.de, www.zeit.de.

„ifo Geschäftsklima Ostdeutschland: Der Konjunkturmotor nimmt Fahrt auf (Februar 2023)“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 28. Februar 2023.

„Stimmung in Ost-Unternehmen steigt“, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Sächsische Zeitung, 1. März 2023, S. 22.

„38 Maßnahmen, um freie Arbeitsplätze zu besetzen“, Joachim Ragnitz, Sächsische Zeitung, 1. März 2023, S. 21, vgl. www.saechsische.de.

„Wirken die Maßnahmen gegen Russland?“, Marcel Thum, ZDF, Berlin direkt, 5. März 2023.

„Wenn der Bund mehr Schulden macht – was heißt das für Sachsen?“, Joachim Ragnitz, MDR Aktuell, 6. März 2023, vgl. www.mdr.de.

„Stimmt die These von der grünen De-Industrialisierung?“, Joachim Ragnitz, MDR Aktuell, 6. März 2023, vgl. www.mdr.de.

„ifo: Handel, Gastgewerbe und Verkehr sind Inflationsgewinner – Widerspruch aus den Branchen“, Joachim Ragnitz, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. März 2023, S. 16, vgl. www.faz.net.

„Hohe Preise sind oft nicht gerechtfertigt“, Joachim Ragnitz, Dresdner Neueste Nachrichten, 7. März 2023, S. 5.

„Wie Unternehmer die Inflation nutzen, um ihre Gewinne zu erhöhen“, Joachim Ragnitz, Sächsische Zeitung, 17. März 2023, S. 20, vgl. saechsische.de

„ifo Geschäftsklima Ostdeutschland: Index gestiegen (März 2023)“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 30. März 2023.

ifo DRESDEN STUDIE 89

AUTOREN

Katharina Heisig
Marius Kröper
Tim Scheurer

ISBN

978-3-95942-120-1

HERAUSGEBER/DRUCK

ifo Institut
München/Dresden
2023

UMFANG / FORMAT

A5
130 Seiten
Zahlreiche Abbildungen und Tabellen

PREIS

15,- Euro zzgl. Versandkosten
Die Studie kann als
pdf-Datei kostenlos unter
[https://www.ifo.de/publikationen/
ifo-dresden-studien](https://www.ifo.de/publikationen/ifo-dresden-studien)
heruntergeladen werden.

ifo INSTITUT
Niederlassung Dresden

Faktoren von Familien- gründung, Kinderlosigkeit und Kinderreichtum in Ostdeutschland

Diese Studie fokussiert, welche subjektiven Faktoren Familien-
gründungen, Mehrkindfamilien und endgültige Kinderlosigkeit in
Ostdeutschland beeinflussen. Dies untersuchen wir auf Basis des
Familienpanels pairfam mit multivariaten Logit-Regressions-
analysen. Für alle Fragestellungen zeigt sich, dass die relative
Wichtigkeit von Hobbies, Freunden und des Berufs der größte
Einflussfaktor ist. Für die Wahrscheinlichkeit, eine Familie zu
gründen, sind außerdem der Anteil der Personen mit Kindern im
Freundes- und Bekanntenkreis relevant, und, allerdings nicht
robust, die Lebenszufriedenheit und negative Erwartungen an
Partnerschaften. Für die Wahrscheinlichkeit, mehr als zwei Kin-
der zu bekommen, sind eine größere Zustimmung zur Aussage,
dass Kinder leiden, wenn sich Väter zu sehr auf ihre Arbeit kon-
zentrieren, sowie in eingeschränktem Maße die ideale Kinder-
zahl und positive Erwartungen an Partnerschaften bedeutsam.
Endgültige Kinderlosigkeit wird wiederum zusätzlich determiniert
von dem Anteil der Personen mit Kindern im Freundes- und
Bekannteskreis, der idealen Kinderzahl und den wahrgenom-
menen Kosten von Kindern.



ifo DRESDEN CALL FOR PAPERS

CONFERENCE VENUE

ifo Institute – Leibniz Institute
for Economic Research at the
University of Munich
Dresden Branch
Einsteinstrasse 3
01069 Dresden
Germany

CONFERENCE FEE

None.
We do not offer travel grants.

ORGANIZERS

Felix Roesel
(TU Braunschweig,
ifo Institute & CESifo)

Valentin Lindlacher
(TU Dresden, ifo Institute & CESifo)

Ernst Gloeckner
(ifo Dresden)

Anna Kremer
(ifo Dresden)

LINK FOR SUBMISSIONS

[https://www.ifo.de/en/event/
2023-09-28/13th-ifo-dresden-
workshop-regional-economics](https://www.ifo.de/en/event/2023-09-28/13th-ifo-dresden-workshop-regional-economics)

CONTACT

Ernst Gloeckner
Phone: +49(0)351-26476-22
E-mail: gloeckner@ifo.de

13th ifo Dresden Workshop on Regional Economics

September 28-29, 2023, in Dresden, Germany

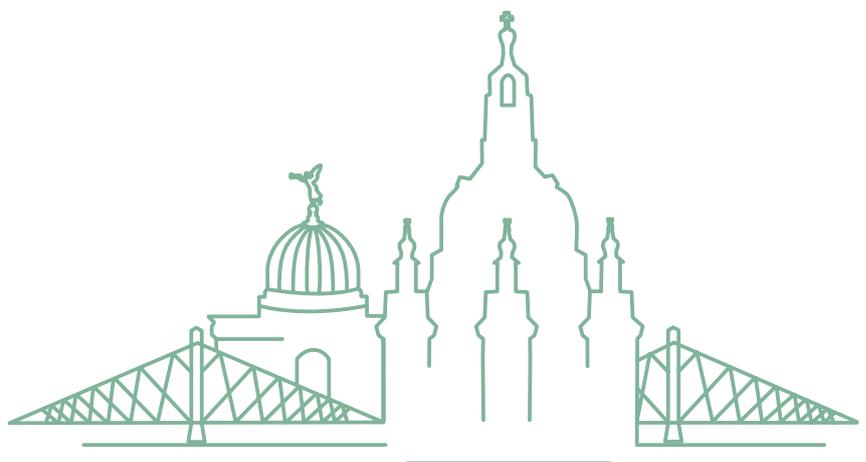
The ifo Institute, Dresden Branch, announces the 13th ifo Dresden Workshop on Regional Economics. The workshop aims at facilitating the networking of young scientists and at promoting the exchange of their latest research. Relevant topics include regional structural change, development economics, economic history and public economics. Preference is given to empirical papers estimating causal inferences in a spatial context, natural experiments, or recent geo-data and respective methods.

We specifically encourage PhD students and post-doctoral researchers to submit their research. Each paper will be allocated 45 minutes, to be divided between the presentation, a short discussion by an assigned workshop participant and a general discussion.

Submissions:

Please submit your (preliminary) paper by **June 30, 2023**, via the workshop website. Alternatively, check the ifo website for forthcoming conferences. Acceptance decisions will be announced by **July 14, 2023**.

We are looking very forward to seeing you in Dresden.



Hinweis für externe Autor*innen

Die Redaktion von „ifo Dresden berichtet“ möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es auch für externe Autor*innen die Möglichkeit gibt, in unserer Zeitschrift zu publizieren. Wir möchten ausdrücklich dazu ermuntern, neue wissenschaftliche Befunde in unserem Medium zu veröffentlichen. Vorzugsweise sollte es sich um Beiträge handeln, die sich mit regionalökonomischen Themen mit Ostdeutschlandbezug befassen. Mögliche Beiträge können jederzeit per E-Mail an die Niederlassung Dresden unter dresden@ifo.de eingereicht werden. Die eingereichten Aufsätze durchlaufen ein Auswahlverfahren durch die Redaktion der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“.

Formale Anforderungen:

Der Leser*innenkreis der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“ umfasst neben Akademiker*innen vor allem Entscheider*innen aus Unternehmen, Behörden, Politik und Presse in Ostdeutschland. Sie sind an Ergebnissen interessiert und weniger an der methodischen Vorgehensweise. Daher sollte der **Schwerpunkt des Textes ergebnisorientiert** sein. Die Datengewinnung und methodische Vorgehensweisen dürfen kurz abgehandelt werden. Der Text sollte auch für interessierte Laien verständlich sein.

Es sollte auf ein ausgewogenes **Verhältnis von Text und Abbildungen** geachtet werden. Gibt es zu viele Abbildungen für zu wenig Text, rutschen Abbildungen mehrere Seiten nach hinten und der Aufsatz wird sehr schwer lesbar.

- Textlänge zwischen 5 und 10 Seiten
- Text als Word-Datei (Fließtext einspaltig)
- Abbildungen und Tabellen als Excel-Dateien (mit zugrundeliegenden Daten)
- Grafiken als pdf- oder jpg-Dateien in möglichst hoher Auflösung
- Das Heft erscheint in den Farben Schwarz/Grün (bitte beim Einfärben der Abbildungen und Grafiken beachten)

Die **Autor*innen** werden immer ausschließlich nach dem Alphabet sortiert, nicht nach „Rang“ der Autoren oder Anteil der Mitarbeit am Text.

Für jede ifo Publikation bitten wir um die Anfertigung eines **Abstracts**, dies meint eine kurze inhaltliche Zusammenfassung von maximal 12 Zeilen Umfang.

Da die Beiträge nicht sehr lang sind, sollten die **Überschriften** möglichst nicht nummeriert werden (nur gleichrangige Teilüberschriften, nicht zu viele Stufungen verwenden).

